

Die 'Freiheit' erscheint täglich zweimal, Samstags und Montags ein mal, mit den Unterhaltungsbeilagen 'Neu Welt' - 'FrauenWelt' und 'Der Jugend-Pensel'. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Abholung ins Haus monatlich 21.- M., bei den Monats-Lieferungen, im voraus zahlbar. Für Postbestellungen werden sämtliche Postgebühren einbezogen. Unter Abdruck des Namens der Bestellerin, des Bestellers und der Wohnung des Bestellers ist das Abdruckrecht vorbehalten. Die Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80

Die eingepreisten Anzeigenblätter über deren Raum kostet 8.- M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anzeigensteuer. Verkaufte Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Beilagen 4.00 M. netto pro Zeile. Stellen-Beilagen in Wochen-Anzeigen: das eingedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Steuerkompromiß und die Gewerkschaften

Die Erklärung der unabhängigen Fraktion in der Reichstagsitzung vom Freitag hat knapp und eindeutig das Wesen der neuen Steuerpläne dargelegt. In strenger und eindringlicher Kürze entrollt die Erklärung erschütternde Perspektiven für die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Der Ruhepunkt in der immerwährenden Senkung in der Kaufkraft des Lohnes, der von den Arbeitern und Angestellten als Ergebnis der neuen Finanzpläne erwartet wurde, wird nicht erreicht werden. Selbst sehr maßvolle bürgerliche Beurteiler der Frage haben das festgestellt. Die Summe des Lohnes wird den Proletariern auch in Zukunft unter den Händen dahinschmelzen. Dafür kommen neue Belastungen für die Massen zu den bereits vorhandenen hinzu. Indirekte Steuern und die Erhöhung des Brotpreises verteuern das Leben aufs neue, ohne daß eine Hoffnung besteht, diese Verteuerung durch den Gewerkschaftskampf wettmachen zu können.

In den letzten Jahren sank die Kaufkraft des Lohnes un-aufhaltsam von Stufe zu Stufe. Die Lage der Arbeiterklasse wurde abwechselnd beeinträchtigt durch Massen-arbeitslosigkeit und Geldentwertung; die eine Qual wurde abgelöst durch die andere. Auch die aufsteigende Konjunkturwelle bot der Arbeiterschaft nicht die Möglichkeit, die Löhne den Lebensunterhaltungskosten anzupassen, denn die eben noch in maßloser Arbeitslosigkeit verzweifeln Massen fanden auch jetzt nicht die Kraft, die günstigeren Konjunktur in großen Bewegungen auszunutzen. Die Lohnregulierungen mußten fast durchweg in Tarifr-evisionen erfolgen. Dabei wurde gewiß fast immer das Mögliche erreicht. Auch im offenen Kampfe hätte meist nicht mehr erreicht werden können, denn die Aussichten für den Erfolg im Kampfe waren angesichts der gesamten un-sicheren Wirtschaftslage auch in der Zeit besserer Konjunktur äußerst ungewiß. Wie unzulänglich aber alle Zulagen, an der Teuerung gemessen, waren, das fühlen die Arbeiter und Angestellten täglich am eigenen Leibe, und auch durch Zahlen läßt sich beweisen, daß die Kaufkraft der gegenwärtigen Höchstlöhne weit zurücksteht hinter der Kaufkraft der Löhne von 1914. Wir haben diesen Beweis auf Grund amtlichen Materials bereits einmal geführt. Und auch die führenden Körperschaften der Gewerkschaftsbewegung können aus der nimmer ruhenden Unzufriedenheit ihrer Mitglieder, die ihnen in täglich neu auftauchenden und durchaus berechtigten Forderungen entgegenreten, entnehmen, wie wenig selbst die höchsten und mit endloser Mühe erreichten Lohnzulagen genügen, um die beständige Entwertung des Geldes auszugleichen.

Die Konjunktur aber, die nur aus dieser Geldentwertung ihre Nahrung zieht, war stets begleitet von neuen Preissteigerungen. Raum von der Arbeitslosigkeit erlöst, mußten die Arbeiter erleben, daß ihr ohnehin farger Lohn von Woche zu Woche kleiner und kleiner wurde. In ruheloser Hast mußten die Gewerkschaften immer neue und wieder neue Anstrengungen machen, um das Unternehmertum zur Beratung über neue Zulagen an den Verhandlungs-tisch zu zwingen. Die „Schraube ohne Ende“, über die bei jeder Lohnbewegung einer Gewerkschaft in der Deffentlichkeit auf das lebhafteste geklagt wird, quälte niemand so sehr, wie die Arbeiter und Angestellten und ihre gewerkschaftlichen Organisationen selbst. Die volle Kraft der Gewerkschaftsbewegung wurde aufgebraucht durch diese Arbeit, und keine Organisation behielt Zeit und Sinn für die höheren und weitergreifenden wirtschaftspolitischen Aufgaben der Bewegung, die gerade in dieser Situation nicht minder wichtig sind als die Lohnfragen. Und besonders der geistige Vortrupp der Arbeiterklasse, der in den politischen Parteien organisierte Klassenbewußte Kern des Proletariats mußte mitansehen, wie die Massen der Arbeiter und Angestellten selbst, zermüht von Not und Qual, nur noch Interesse für die täglich drückender werdende Lohnfrage zeigten. Die Enttäuschung und Entmutigung, die sich in einzelnen Schichten der Arbeiterschaft so erschreckend breit macht, ist zu einem großen Teil auf diese Umstände zurückzuführen.

Manche Leute haben gut reden. Sie fordern von der Gewerkschaftsbewegung und von ihren Mitgliedern einen idealen Sinn für höhere Gemeinschaftsziele und sehen doch nicht, wie die Bewegung kaum in der Lage ist, das erste und dringendste Erfordernis des Gewerkschaftskampfes zu erfüllen: die Verhinderung der völligen Vereitelung der Massen. Herr Professor Hugo Lindemann n formuliert z. B. in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ sehr beachtenswerte Forderungen an die Gewerkschaftsbewegung. Die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse müsse sich auf vier Grundkenntnissen aufbauen, die Lindemann in einigen Lehrsätzen zusammenfaßt. Der erste Absatz dieser Lehrsätze lautet:

Eine wirksame dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse ist nur durch eine Steigerung der Produktion möglich, nicht aber durch Einschränkung des Anteils der anderen Klassen an der nationalen Produktionsmenge und seine Uebertragung auf die Arbeiterklasse. Diese könnte nur Unwesen-

Schlechte Finanzen, schlechte Politik

Herr Hermes, Finanzminister-Ersatz, hat gestern seine Etatrede gehalten. An dieser Rede ist der Zeitpunkt, in dem sie gehalten wurde, bemerkenswert. Der Etat ist diesmal eingebracht worden, bevor das Rechnungsjahr 1922, das mit dem 1. April beginnt, begonnen hat. Es ist also die Möglichkeit vorhanden, daß endlich wieder einmal das Budget rechtzeitig verabschiedet wird, und wenigstens eine gewisse äußere Ordnung in unsere Finanzwirtschaft kommt.

Die Rede bot im übrigen keine besondere Ueberraschung. Irgend eine leitende Idee, irgend welche Richtlinien für eine Finanzpolitik wird man vergeblich suchen. Wer hätte sie aber auch von diesem Finanzministerium und seinem Leiter erwartet?

Und doch gäbe der Etat dazu allen Anlaß. Denn selbst Herr Hermes wird kaum behaupten wollen, daß das Steuerkompromiß für die Bedürfnisse auch des Jahres 1922 genügende Vorsorge trifft. Diesen Eindruck gewährt ein Blick auf die Abschlußziffern des Etats.

Der ordentliche Haushalt schließt in der Einnahme ab mit	103,2 Milliarden Mark
in der Ausgabe ab mit	88,7 „
Es verbleibt somit ein Ueberschuß von	16,5 Milliarden Mark
Der außerordentliche Etat schließt in der Einnahme ab mit	4,9451 „
in der Ausgabe ab mit	1,8496 „
Es verbleibt ein auf Anleihe zu übernehmender Ausgabebedarf von	3,095 „

Die Betriebsverwaltung (Post und Eisenbahn), die, wie schon im vorigen Jahre, einen besonderen Etat führen, weisen ein Defizit von 9,2 Milliarden Mark auf, die auf dem Wege des Kredites beschafft werden müssen. Von diesem Fehlbetrag entfallen auf die Post- u. Telegraphenverwaltung 2,45 Milliarden Mark auf die Eisenbahnen 6,78 Milliarden Mark

Dazu kommen aber nun die Ausgaben für Erfüllung des Friedensvertrages. Diese betragen 147 Milliarden im ordentlichen und 40 Milliarden im außerordentlichen Etat. Insgesamt ergibt sich ein Defizit und damit ein Anleihebedarf von 183,3 Milliarden. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß die Ausgaben des Friedensvertrages offenbar mit 3/4 Milliarden Geld, also ohne die vielleicht zu erwartenden Ermäßigungen eingeseht und zu einem Dollarkstand von etwa 200 umgerechnet sind.

Herr Hermes hatte mit Recht von den sehr schwankenden Grundlagen gesprochen, auf die der Etat überhaupt aufgebaut sei. Erinnert man sich, daß Herr Wirth im Sommer in seiner Etatrede mit einem Defizit von 40 bis 50 Milliarden gerechnet hat, während Herr Hermes 183 annimmt, so wird man finden müssen, daß das Schwanken nicht nur auf der Grundlage, sondern auch in den Köpfen, die diese Berechnungen anstellen, zu finden ist. In Wirklichkeit sind unsere auswärtigen Verpflichtungen nicht schwerer geworden. Wir haben im Gegenteil die Hoffnung, daß wir zunächst für 1922 eine wesentliche Erleichterung erlangen. Herr Hermes stellt aber die Geldentwertung voll in Rechnung, was sicherlich rechnungsmäßig korrekt ist. Aber dieser Pessimismus bleibt sehr unfruchtbar, wenn Herr Hermes jede

liches ändern, den Gesamtsatz ließe sie unberührt. Eine wirkliche Aenderung kann nur durch Vergrößerung der Produktionsmenge bewirkt werden, und diese wiederum nur durch Arbeit.

Diese Auffassung Lindemanns wird von der deutschen Gewerkschaftsbewegung durchaus geteilt. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben sich nie dagegen gewehrt, daß zur Vergrößerung der Produktionsmenge technische oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsmethoden eingeführt werden. Das hat das Kapital indes nicht gehindert, alle Vorteile der gesteigerten Produktion für sich in Anspruch zu nehmen und der Arbeiterschaft jeden Anteil daran streitig zu machen. Würde die Arbeiterschaft „eine wirksame dauernde Verbesserung“ ihrer Lage erreichen, so müßte sie ihren Anteil an der vergrößerten Produktionsmenge stets erkaufen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist auch gegenwärtig bereit, an der Vergrößerung der Produktionsmenge mitzuwirken. Diese Bereitschaft wird nicht einmal dadurch herabgemindert, daß die Gewerkschaftsbewegung auch jetzt diesen alten ewigen Kampf um den Anteil der Arbeiterklasse an der Produktionsmenge führen müßte. Auch jetzt lehnt es die Staatsgewalt ab, durch gesetzgeberische Maßnahmen dafür zu sorgen, daß ein so beträchtlicher Anteil an der gesamten Produktionsmenge der Arbeiterklasse gesichert wird, wie notwendig wäre, um eine „wirksame dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse“ zu erreichen.

Ebenso wenig bemüht sich der Staat, das Unternehmertum zu zwingen, damit dieses Maßnahmen zur Steigerung der Produktionsmenge treffe. Die technischen Betriebs-einrichtungen sind in den letzten Jahren überall ver-

Andeutung darüber schuldig bleibt, wie er als Finanzminister diesen Zustand einer neuen Vermehrung der schwebenden Schulden um 183 Milliarden eigentlich entgegenwirken will.

Einen Umstand hat ja Herr Hermes erwähnt: wir brauchen eine Erleichterung der Reparationslasten. Aber Herr Hermes weiß so gut wie wir, daß für 1922 hier mit ganz bestimmten Ziffern gerechnet werden muß. Nehmen wir an, daß die Ausgaben 700 Mill. Goldmark in bar und 1,4 Milliarden in Sachleistungen sind, so könnte man auch eine andere Rechnung aufmachen, die der Wirklichkeit vielleicht näher käme. Multiplizieren wir die Sachleistung mit 50, wie es etwa der Entwertung der Mark im Auslande entspricht, und die der Sachleistungen mit 35, eine Zahl, die der inneren Entwertung der Mark stark Rechnung trägt, so kämen wir erst zu 35 plus 49 Milliarden, also zu 84 Milliarden, was gegenüber der von Herrn Hermes eingesehenen Summe einen sehr bedeutenden Unterschied macht, auch wenn man unter Berücksichtigung der Bekämpfungskosten die Zahl auf 100 abrundet.

Aber es hat wirklich nicht viel Sinn, diesem Etat gegenüber zu rechnen, solange nicht die Regierung begrift, daß es ihre wichtigste Aufgabe ist, die schwankende Grundlage zu befestigen. Das heißt aber mit anderen Worten: alle Aufstellungen des Etats sind und bleiben solange völlig unsicher, solange nicht der Geldentwertung Einhalt getan wird. Und das setzt wieder voraus, nicht nur eine Ermäßigung der Reparationslasten, sondern auch eine Steuerpolitik, die das Defizit im Staatshaushalt endlich beseitigt.

Das Defizit von 183 Milliarden, das Herr Hermes offenbar als seine unabänderliche Tatsache uns hinzunehmen zumutet, ist aber in Wirklichkeit nur eine vernichtende Kritik des Steuerkompromisses. Es zeigt besser als alle einzelnen Ausführungen, daß dieses Kompromiß, abgesehen von seinen, schweren sozialen Mängeln, auch finanztechnisch absolut unzureichend ist. Dadurch, daß es das Defizit nicht beseitigt, läßt es die Geldentwertung fortbestehen. Die fortschreitende Geldentwertung wirft aber alle Aufätze des Etats über den Haufen, weil sie alle Ausgaben über die Anleihe hinaus außerordentlich steigern. Und doch zeigen selbst die Ziffern des Herrn Hermes, daß der Versuch zur Bilanzierung für das Etatsjahr nicht aussichtslos gewesen wäre, wenn man den Besitz mit der nötigen Energie herangezogen hätte. Die 50 Papiermilliarden reichen dazu freilich nicht aus, aber eine Verdoppelung, das heißt die Auflage von zwei Goldmilliarden könnte es schaffen. Und wenn man schon, statt an die Erfassung der Sachwerte zu gehen, den sehr schonenden Weg einer Anleihe beschreiten wollte, hätte man diese wenigstens in der erforderlichen Höhe beschaffen können, wenn man sie in vernünftiger Weise gemacht hätte. Daß das mit der Papierzwangsanleihe nicht zu machen geht, darüber sind sich wohl alle Sachverständigen einig.

So beweist der Etat, und erst recht seine Begründung, die auch nicht irgendeinen Weg aufweist, um aus dem bisherigen Zustand herauszukommen, nur aufs neue, daß das Steuerkompromiß nicht einmal eine vorübergehende Lösung, nicht einmal ein ausreichendes Provisorium auch nur für das Jahr 1922 darstellt.

Verbesserungen der Technik hat sich die deutsche Industrie überhaupt nicht oder nur in unzureichendem Maße zunutze gemacht. Dem Unternehmertum liegt an einer Steigerung der Produktionsmenge durch solche Mittel wenig, solange die Summe des Gewinnes durch die für Deutschlands Abfall im Auslande außerordentlich günstig liegenden Valutaverhältnisse beständig gesteigert wird. Je breiter der Strom der Profite fließt, um so weniger ist das Unternehmertum geneigt, einen Teil der Profite für technische Verbesserungen herzugeben, um so weniger ist es also geneigt, die von Lindemann geforderten Voraussetzungen für die wirksame dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse herzustellen. Erst wenn die Geldentwertung ein Ende nimmt, wenn es dem Unternehmertum nicht mehr möglich ist, Papiergeldgewinne ohne Mühe in Massen einzufristen, erst dann wird das Unternehmertum wieder gezwungen sein, für die Steigerung der Produktionsmenge durch die Einführung besserer Arbeitsmethoden zu sorgen.

Auch darum mußte die Gewerkschaftsbewegung von diesen neuen Finanzplänen fordern, daß sie sich die Beseitigung dieser Geldentwertung zum Ziel setzte. Dieses Ziel ist, wie die Erklärung unserer Reichstagsfraktion mit vollem Recht feststellt, preisgegeben worden. Das weiblich „sichtbare“ Opfer der Besitzenden ist in dicke Nebel gehüllt, dafür aber werden den Besitzlosen neue schwere Lasten auferlegt.

Aber selbst wenn die Gewerkschaftsbewegung heute ihre Kräfte zur Vergrößerung der Produktionsmenge einsetzten, so fehlte ihr dazu die Bewegungsfreiheit. Ihre Kräfte sind gebunden durch den Lohnkampf, und sie werden auch für die nächste Zukunft durch den Lohnkampf völlig in Un-

Spruch genommen sein. Als die Gewerkschaften sich die Forderungen unserer Partei, die in der Erklärung von neuem gestellt werden, angeschlossen, wußten sie sehr wohl was sie taten. Sie mühten von einer Finanzreform großen Stills die Sanierung des Staatshaushalts, die Stilllegung der Rotenpresse erwarten. Sie mühten fordern, daß der beständigen Entwertung der Lohnsumme Einhalt geboten werde, damit die Arbeiterklasse und mit ihr die Organisationen ihre Kräfte wieder frei entfalten können, befreit von der drückenden Enge, in die der ausschließliche Lohnkampf sie einpreßt. Sie mühten auf solche Art die Arme wieder freibekommen für die energische Verfolgung ihrer anderen wichtigen Ziele, für die Neugestaltung der Wirtschaft und damit für eine wirksame dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse — ganz im Sinne des Herrn Professors Hugo Lindemann.

Diese Erwartungen sind enttäuscht worden. Sie sind enttäuscht worden, weil die Bestehenden wohl einen Zuwachs an politischer Macht zu erreichen trachteten, eine Steuerbelastung in ausreichendem Maße aber wieder einmal zu verhindern wußten. Die Gewerkschaften werden also damit rechnen müssen, daß noch für lange Zeit Preissteigerungen in störrischer Aufeinanderfolge eintreten werden. Sie werden den Lohnkampf in derselben kräftezermürbenden Form weiterführen müssen, ohne daß die Aussicht, die Preissteigerungen durch Lohnerhöhungen wirklich weit zu machen, sich gebessert hat. Die Arbeiterklasse wird weiterhin auf einem menschenunwürdigen niedrigen Lebensniveau festgehalten werden und alle Erfolge der Gewerkschaften werden immer wieder aufgehoben werden durch die Rotenpresse und die Geldentwertung. Auch aus diesen Gründen mußte unsere Reichstagsfraktion dieses Steuerkompromiß ablehnen und den Kampf für das von ihr und den Gewerkschaften aufgestellte Finanzprogramm unablässig fortsetzen.

Weitere Trauerkundgebungen für Luise Zieg

Immer noch laufen bei der Zentralsektion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem In- und Ausland Beteiligungs- und Beteiligungsprogramme aus Anlaß des Todes der Genossin Luise Zieg ein. So von der Sozialistischen Partei Frankreichs, in deren Namen Paul Faure den Angehörigen der Genossin Zieg und der USPD, das aufrichtige Beileid zum Tode der tapferen Genossin Luise Zieg" ausdrückt, von den Frauen der deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei, unterzeichnet Kupall und Blainy, von Genossin Tony Sender, die ihres Gesundheitszustandes wegen in Davos-Dorf (Schweiz) ist, von der Redaktion und dem Verlag der „Münchener Morgenpost“, vom Bezirk Mittelrhein, den USPD-Eisenbahnern in Bremen, dem Bezirksvorstand der USPD in Braunschweig, dem Kreisverband der USPD-Göppingen, dem Bezirksverband der USPD-Mecklenburg, der USPD-Hamburg, dem Zentralvorstand der USPD-Weil, von dem Zentralkomitee der Jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation „Boale Zion“ in Deutschland, von der Föderation jüdisch-sozialistischer Frauenbünde Deutschlands und von Elinor Baumann, der langjährigen Freundin der Verstorbenen.

Hüter der Staatsautorität

Für Herrn Groener hat die Stunde geschlagen Die Hehe der bürgerlichen Presse gegen die Eisenbahner erwähnen wir bereits an anderer Stelle des Blattes. Diese Hehe wird ganz allgemein geführt, aber besonders tut sich die „Zeit“ der Deutschen Volkspartei hervor. Sie verwendet einen Leitartikel darauf, Herrn Groener ins Bewußtsein zu rufen, daß seine Stunde geschlagen haben werde — wenn die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintreten sollte. Bald nach der Verständigung der gegenwärtigen Regierungsparteien mit der Deutschen Volkspartei über das Steuerkompromiß gab die Deutsche Volkspartei zu verstehen, daß sie im Falle ihrer Beteiligung an der Regierung, die allgemein erwartet wird, die Herren Groener und Giesberts durch einen ihrer Leute zu ersetzen trachten würde. Es ist nun nicht anzunehmen, daß diese beiden Herren der Deutschen Volkspartei wegen einer allzu gelinden Personalspolitik mißfallen. Besonders in der gegenwärtigen Eisenbahnerbewegung hat sich Herr Groener durch einen völlig überflüssigen Erlaß durchaus als der starke Mann im Sinne der Deutschen Volkspartei erwiesen. Dennoch schließt die „Zeit“ ihren Leitartikel mit einem heftigen Angriff gegen diesen Mann, der so lautet:

Für Herrn Groener hat die Stunde geschlagen, in der er beweisen muß, ob er sich trotz häufigen Verlangens in der Vergangenheit der Aufgabe seines Amtes diesmal gewachsen zeigt. Am Sonnabend konnte man im Reichstage von ihm gewissermaßen einschüchtern hören, der Eisenbahn-Direktionspräsident in Dresden habe nicht so gewollt, wie er, der Reichsverkehrsminister, und dadurch habe der wilde Streik in Sachen um sich gegriffen. Herr Groener hat aber nichts davon verstanden lassen, was er getan hat, um seine Autorität wieder herzustellen. Dem Ultimatum der Reichsgewerkschaft ist er mit einer Kundgebung von erfreulicher Entschiedenheit entgegengetreten. Aber wir haben ähnliche Worte schon häufig genug gehört, ohne daß die Taten ihnen entsprechen hätten. Auf die Tat aber kommt es diesmal allein an. Herr Groener muß wissen, daß das Ultimatum nur von einem geringen Teil der Eisenbahnbeamten verstanden wird. Er hat die unbedingte Pflicht, die Mehrheit der Betriebsbeamten gegen den Zwangsstreit, den die Lokomotivführer durchzuführen wollen, zu schützen. Er ist aber auch dafür verantwortlich, daß die staatliche Autorität, die im Bereich der Reichseisenbahnen so außerordentlich ins Wanken gekommen ist, diesmal keinen tödlichen Schaden erleidet. Einem verantwortungsbewußten Verkehrsminister kann nicht zweifelhaft sein, was er zu tun hat.

Groener kann es der Deutschen Volkspartei an Scharfmacherei also nicht genug tun. Dennoch ist dieser Grund für den Angriff gegen ihn nur ein vorgeschobener. Die Deutsche Volkspartei ist gegen Groener erbittert wegen seines Kampfes gegen die Entstaatlichung der Eisenbahn. Es hat der Deutschen Volkspartei gar nicht gefallen, daß er damals die von den Industriellen ins Wanken gekommene Staatsautorität geschützt hat. Ein Eisenbahnminister nach den Wünschen derer um Stinnes müßte nicht nur den Eisenbahnbeamten die Kanbare noch fetter anziehen, als es Groener ohnehin tut, sondern er müßte vor allem auch als ein Förderer der Kapitalisierung des Reichseigentums an das Privatkapital auftreten. Schon dieses Verhältnis der Deutschen Volkspartei zu Groener zeigt, wie durch einen Eintritt dieser Partei in die Regierung alle Töpfe zerklüftet werden würden.

Wieder ein U-Boot-Held entflohen

Eine gut vorbereitete Flucht

W. I. B. meldet: Oberleutnant Ludwig Dittmar, der wegen Kriegsverbrechens vom Reichsgericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt und im Landgerichtgefängnis in Raumburg untergebracht war, ist Sonntag nacht entflohen.

Ueber die Ausführung der Flucht wird dem „Raumburger Tageblatt“ von zuverlässiger Seite folgendes mitgeteilt: Gegen 1 Uhr nachts, als eben eine Streife der Sicherheitspolizei die Anstalt passierte, verhafteten sich die Helfershelfer unter Benutzung einer Leiter und einer Matte, die sie auf die durch Glaswände gesicherte hohe Umfassungsmauer legten, Eintritt in den Gefängnis Hof, indem sie an einem an der Leiter befestigten Knoten aus der Mauer auf den inneren Hof hineinkletterten. Von hier aus mußten sie dem in einer Zelle des zweiten Stockwerks untergebracht Gefangenen eine sehr scharfe Stahlsäge in der Weise zugericht haben, daß Dittmar diese an einer aus keinem zerschnittenen Bettlaken gefertigten Leine in seine Zelle ziehen konnte. Mit dieser Säge gelang es ihm in kurzer Zeit, einige Eisenstäbe des Zellenfensters zu durchsägen, so daß eine Öffnung entstand, durch die er ins Freie gelangen konnte — bei der außerordentlich kleinen Öffnung eine erstaunliche Leistung. Dittmar ließ sich dann an der erwähnten Leine 12 Meter tief in den Gefängnis Hof hinab. Die Leine, die sehr schwach war, ist etwa in halber Höhe gerissen und es ist zu vermuten, daß Dittmar einige Meter abgestürzt ist. Er muß dann an dem erwähnten Knoten über die Mauer geklettert sein. Die Nachtpatrouille im Innern des Gefängnisses besand sich an einer anderen Stelle der Anstalt. Sie wurde aufmerksam durch das Sprechen der Gefangenen in der Zelle unter Dittmars Zelle. Sie begab sich dorthin, um Ruhe zu gebieten und hörte, es müsse jemand entwichen sein. Von dem Sägen haben die Gefangenen nichts gehört. Man vermutet, daß Dittmar das Geräusch durch Beschmieren der Eisenstäbe mit Seife gedämpft hat. Die Schnittstellen zeigen, daß die Durchsägung nicht vorbereitet war. Sie sind vollkommen frisch. Es handelt sich um eine raffiniert ausgedachte Befreiung. Die Befreier hatten offenbar die Sipo-Patrouille sich erst entfernen lassen; die Nacht war dunkel und die Strahlen hinter dem Gefängnis sind nicht beleuchtet. Die Polizei ist der Ansicht, daß in dem Kraftwagen, in dem Dittmar entführt wurde, sich drei oder vier Männer befanden.

Aus dieser Darstellung ergibt sich 1. daß die Flucht von langer Hand vorbereitet war und daß 2. in der Strafanstalt Helfer vorhanden gewesen sein müssen, die für einen störungslosen Verlauf der Flucht sorgten. Die Ausführung der Flucht hat sicher längere Zeit in Anspruch genommen. Da berührt es eigenartig, daß während dieser ganzen Zeit die Nachtpatrouille sich an einer — anderen Stelle der Anstalt aufhielt!

Natürlich wird es nicht gelingen, dem Flüchtling, der, nicht errötend, den Spuren seines Spießgesellen Boldi gefolgt ist, habhaft zu werden. Ein gefälschter Pass, der internationalen Mördern und anderen Verbrechern der gleichen Parteilosigkeit jederzeit zur Verfügung steht, wird den Flüchtling nach einem sicheren Platz im Ausland geleiten. Die 50 000 Mark Belohnung, die zur Ergreifung des Flüchtling ausgelegt sind, wird sich niemand verdienen können.

Außenpolitisch betrachtet, wird die Flucht Dittmars nicht dazu beitragen können, das Vertrauen zu Deutschland zu stärken. Die Kriegsverbrecher gehen entweder straffrei aus, oder sie entfliehen, sofern sie mit einer Strafe bedacht worden sind. Die Flucht ist das Werk einer Offizierskamarilla, die sich mit jedem Verbrecher, der Achseflüchtling trägt, solidarisch erklärt und dadurch gemeingefährlichen Charakter bekommt. Die Tätigkeit dieser Gesellschaft zum Schutze uniformierter Verbrecher lahmzulegen, müßte für eine republikanische Regierung ein Gebot staatspolitischer Notwendigkeit sein. Sie unschädlich zu machen, ist inner- wie außenpolitisch geboten.

Trebich-Lincoln verhaftet

Wie aus New-York gemeldet wird, wurde dort der bekannte internationale politische Hochstapler Trebich-Lincoln, verhaftet. Sein Name wurde in Deutschland bekannt durch die Rolle, die er im Kapp-Putsch spielte und es lohnt sich daher, aus dem Film seines Lebens einige Einzelheiten zu erzählen.

Trebich-Lincoln wurde im Budapester Ghetto geboren, er wanderte später nach England aus, schwor den Glauben seiner Väter ab, und schließlich gelang es ihm, Geistlicher der englischen Hottische zu werden. Von der Kirche weg zog er ihn in die Politik, seine Beredsamkeit verhalf ihm schließlich dazu, Mitglied des englischen Unterhauses zu werden. Die englische Regierung benutzte den vielseitig begabten Mann zu allerlei politischen Geschäften. Während des Krieges kam er als englischer Spion nach Deutschland, und arbeitete hier sowohl für die kaiserlich-deutsche wie für die englische Regierung. Als seine Rolle durchschaut wurde, begab er sich nach Amerika und veröffentlichte dort ein Buch unter dem Titel „Die Geschichte eines Spions“. Er stellte darin Deutschland wie England gleichermaßen bloß. Da Trebich-Lincoln in England sich der Wechselfälligkeit schuldig gemacht hatte, wurde er von Amerika an England ausgeliefert und in London zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er auch abgeleitet hat.

Nach Verbüßung seiner Strafe begab sich Trebich-Lincoln wiederum nach Deutschland. Unterwegs besuchte er in Amerika den entflohenen Kaiser und sprach ihm Rat zu. Dann wollte er den österreichischen Erzherzog Joseph zur Erlangung der ungarischen Krone verhelfen. Als das mißlang, prüfte er sich an den Ludendorff-Kreis heran und wurde hier bald einer der führenden Köpfe. Die deutschen Konarhisten schworen auf ihn. Während des Kapp-Putsches versuchte er Verbindung zwischen den Hochverrättern und den ausländischen Vertretern herzustellen und als das Unternehmen zusammengebrochen war, versuchte er mit den Kommunisten anzubandeln. Als ihm der Boden zu heiß wurde, reiste er seinem Freund Oberst Bauer nach Budapest nach und trieb sich dann später in Wien in der Tschechoslowakei herum. Seinen Erwerb versuchte er sich hier durch den Verkauf gefälschter Dokumente zu sichern. Die tschechische Regierung fiel auf den Schwindel herein und schickte einen Haftbefehl hinter ihm her. In Wien wurde Trebich-Lincoln schließlich festgenommen, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Nun hat ihn in Amerika das Schicksal erreicht. Seine Laufbahn wird mit der Verhaftung allerdings noch nicht abgeschlossen sein.

Für uns ist die Geschichte dieses Mannes besonders deshalb interessant, weil die Häupter der deutschen Konarhisten, die Ludendorff und Oberst Bauer, den Hochstapler Trebich-Lincoln wie einen Abgott verehrten und seine phantastischen Pläne als große politische Offenbarungen ansahen. Daß Trebich-Lincoln seiner Abstammung nach ein Jude war, hörte die Juden-

freßer nicht. War es mit seinen politischen Fähigkeiten auch schlecht bestellt, so hatte er doch mehr Witz und Verstand als die Ludendorffleute. Deshalb wurde er ihr Berater und Vertrauter. Was aus Deutschland gemorden wäre, wenn diese Herron sich auch nur einige Wochen am Ruder gehalten hätten, läßt sich nach der Lebensgeschichte des Trebich-Lincoln sehr leicht ermessen.

Der Weltgerichtshof

Das deutsche Friedenskartell, das alle pazifistischen Organisations umfaßt, erläßt folgende Kundgebung:

Die friedenspolitische Entwicklung ist zwischen Washington und Genua am Völkerbunde vorbeigegangen. Um so bedeutsamer ist die Erziehung des Weltgerichtshofes, der im Haag am 30. Januar zusammentritt. Wir begrüßen mit Freude diesen völkerrechtlichen Fortschritt über das Haager Wert der Vorkriegszeit hinaus, den das Dasein des Völkerbundes ermöglicht. Deutschland gegenüber ist die Zuständigkeit des Weltgerichtshofes bereits vielfach gegeben. Die Vereinigten Staaten sind völkerrechtlich in der Lage, ihn unabhängig vom Bunde für sich anzuerkennen. Die nächste Tagung könnte Deutschland und auch Rußland hierin den Vereinigten Staaten und damit den Bundesvölkern gleichstellen.

Der Weltgerichtshof ist nicht von den Friedensverträgen geschaffen und politisch von ihren Bindungen frei; in ihm wird sich der Geist erhabener Unparteilichkeit entwickeln. Erfüllt diese Bundesleistung ihre Bestimmung, dann geht von ihr neues Leben aus; die durch die Säugung gegebene Verpfichtung zur friedlichen Regelung politischer und wirtschaftlicher Weltfragen gewinnt neue Kraft im Völkerbunde als der dauernden Rechtsgemeinschaft der Völker.

Die deutsche Note bei der Reparationskommission

Paris, 30. Januar. (Havas.)

Die Reparationskommission trat heute nachmittags zusammen. Sie nahm die Note der deutschen Regierung zur Kenntnis, die gemäß der ihren Vertretern am 12. Januar in Cannes zur Kenntnis gebrachten Entscheidung einen Entwurf von Reformen und geeigneten Garantien für den Haushalt und den Restenplan enthält, sowie ein vollständiges Programm der Zahlungen und Sachlieferungen im Jahre 1922. Gemäß der Entscheidung vom 12. Januar beschloß die Reparationskommission, sofort die deutschen Vorschläge den alliierten Regierungen zu übermitteln, die dann in der Lage sein werden, die Frage selbst zu prüfen oder sie zur Regelung an die Reparationskommission zurückzuverweisen.

In einer weiteren Sitzung heute nachmittags um 4 Uhr wird die Reparationskommission den Wortlaut des Begleitschreibens an die alliierten Regierungen feststellen.

Paris, 30. Januar.

Der „Temps“ schreibt zu der Antwort der deutschen Regierung an die Reparationskommission, diese Antwort werde sowohl Frankreich als England und Deutschland Enttäuschungen bereiten. Es scheint zwar, als ob Frankreich auf Grund der deutschen Vorschläge keine Opfer zu bringen habe, weil es im Jahre 1922 fast ebensowohl erlebte wie nach dem Londoner Ultimatum, nur mit dem Unterschiede, daß Frankreich nahezu vollständig in natura statt in bar bezahlt werde. In Wahrheit aber würde Frankreich zwei schwere Enttäuschungen erleben: Statt einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage sei eine provisorische eingetreten. Die endgültige Regelung hätte zwar eine Passivsumme bestimmt, Frankreich hätte aber dabei wenigstens Sicherheiten für das, was es bekommen würde und konnte daher auf Grund dieser Sicherheiten Kreditoperationen in Aussicht nehmen. Durch das jetzige Provisorium würden alle Probleme seines Haushaltes in ein Chaos versinken. Man sei übrigens auch nicht sicher, daß man das provisorische Abkommen von 1921 werde besser verwirklichen können als das endgültige von 1921. Es hänge dies mit der Finanzlage des Gläubigers ebensowohl wie der des Schuldners zusammen. Der französische Staat werde im Jahre 1922 nicht die ungeheuren Warenmengen verbrauchen können, die Deutschland liefern solle. Der deutsche Staat aber werde nicht imstande sein, die Haushaltsreformen und die angeforderte Zwangsanleihe zur Durchführung zu bringen. Das deutsche Finanzprogramm sei daher nur provisorisch, ja, es sei sogar tödlich. Auch Deutschland werde jedenfalls nur Enttäuschungen erleben. Wenn Vorkriegs nach biete ihm das provisorische Abkommen den Vorteil, daß die Reparationszahlungen von 1922 etwas verringert werden, und daß in der Hauptsache Naturalieferungen zu leisten sind. Die deutsche Regierung müsse aber bedenken, daß sie innere Schwierigkeiten zu überwinden haben werde. Das provisorische Abkommen biete in keiner Weise eine Gewähr dafür, daß die Mark nicht weiter sinke. Deutschland werde auch insofern Enttäuschungen erleben, als die provisorischen Abmachungen, die immer neu getroffen werden müßten, auch einmal so ausfallen könnten, daß sie nicht zum Vorteil Deutschlands ausschlagen, wie es bisher immer der Fall war. (1)

Rußland und die Konferenz von Genua

Wie der „Ost-Express“ aus Moskau berichtet, hielt der Vorkommnisse des Auswärtigen Tschitscherin eine große Rede, worin er die Einladung der Sowjet-Regierung nach Genua besprach. Er sagte u. a.: Die Politik Lloyd Georges sei in bezug auf Sowjet-Rußland schon längst nicht unbedingt unversöhnlich. Bereits vor drei Jahren habe Lloyd George die Forderung nach einer internationalen Konferenz mit Beteiligung Sowjet-Rußlands aufgestellt. Die Sowjet-Regierung habe von jeher den englisch-russischen Handelsvertrag als Prolog zu einem allgemeinen Friedensvertrag zwischen Sowjet-Rußland und den übrigen europäischen Staaten betrachtet. In der Parole „Frieden und Handel“ stimme die Sowjet-Regierung mit Lloyd George vollkommen überein, ungeachtet aller grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Rußland wünsche aufrichtig eine gemeinschaftliche Arbeit mit den kapitalistischen Staaten zwecks Wiederaufrichtung der russischen Wirtschaft. Rußland sei bereit gewesen, alle Hindernisse auf diesem Wege zu beseitigen und habe daher seine prinzipielle Bereitschaft zur Anerkennung der Auslandsschulden bekundet.

Die drei Hauptgründe der Besserung der internationalen Lage Sowjet-Rußlands seien: die wirtschaftliche Bedeutung Rußlands; die militärische Macht des Sowjet-Staates und der politische Einfluß Rußlands im Osten. Die Sowjet-Regierung werde mit allen Mitteln eine wirtschaftliche Unterjochung Rußlands durch das Ausland zu verhindern bestrebt sein. Die Politik Frankreichs sei derjenigen Englands direkt entgegengesetzt gewesen. Auf der Konferenz von Genua, so erklärte Tschitscherin zum Schluß, werde der allgemeine Frieden abgeschlossen werden. Der 27. Januar, an dem die russische Delegation für Genua gewählt wurde, sei ein bedeutender Tag in der Geschichte Sowjet-Rußlands.

Weitere Meldungen des „Ost-Express“ belagen, daß Lenin trotz seiner Wahl zum Vorsitzenden der russischen Delegation für Genua nicht persönlich nach Genua reisen werde. Er werde den Vorsitz der Delegation offiziell beibehalten, und, soweit dies durch Telegraphie und Funkdienst möglich, die Verhandlungen der russischen Delegation von Moskau aus leiten.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom 30. Januar.

Die Sitzung wird 2 Uhr 15 Min. vom Präsidenten 255 e eröffnet.

Beratung des Haushalts für 1922

Reichsfinanzminister Hermes: Zum ersten Male seit dem Kriege ist die Regierung in der Lage, den Etat so zeitig vorzulegen, daß die rechtzeitige Verabschiedung möglich ist. Ich möchte um schnelle Durchberatung bitten, damit vor aller Welt klar wird, daß das deutsche Volk gewillt und bemüht ist, mit aller Kraft einer geordneten Finanzverwaltung zuzustreben. Während der Haushalt für die innere Verwaltung einen Ueberschuß von 16,5 Milliarden ergibt und die Betriebsverwaltungen ihre Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen haben, erfordert der Haushalt für die Auszahlung des Friedensvertrages einen

Ausleihbedarf von 171 Milliarden Mark.

Das gibt ein deutliches Bild davon, wo die Quelle der Uebel liegt. Der Versuch der Erfüllung der Reparationsleistungen für 1921 hat zur Zerrüttung des deutschen Marktes geführt. Bevor nicht das Reparationsproblem in einer der deutschen Leistungsfähigkeit angepassten Weise geregelt ist, kann von einer Befreiung des Finanzwesens nicht gesprochen werden. Fast 100 Milliarden sollen im Rechnungsjahr 1922 an Steuern aus der deutschen Volkswirtschaft herausgeholt werden. Das ist fast der doppelte Betrag dessen, was der Haushalt für 1921 kami keinen Nachträgen auszuweisen hat. Durch das Steuerkompromiß ist die Nachkriegsgewinnsteuer aufgehoben. Auch bei anderen Steuern werden Ausfälle eintreten. Dagegen wird die Kohlensteuer ein Mehr aufbringen, so daß wir mit rund 100 Milliarden Steuereinnahmen rechnen können. Wenn in England und Frankreich die Schenkung aufgehoben worden ist, daß Deutschland weniger Steuern aufzubringen habe als die Franzosen oder Engländer, so ist leicht ersichtlich, daß diese Annahmen falsch sind. Wenn man allerdings den Dollarfuß der Vergleichsmethode zugrunde legt, wird die deutsche Steuerleistung geringer sein, solange der Markkurs so niedrig steht. In Deutschland zählt ein unbeschäftigter Steuerpflichtiger, der ein Einkommen von 30 000 M. aus Lohn oder Gehalt hat, 2220 M. Steuern, während

ein entsprechendes Einkommen in England und Frankreich überhaupt steuerfrei

bleibt. Ein unbeschäftigter Unternehmer ist bei einem Einkommen von einer Million in Deutschland durch Einkommensteuer mit 25,5 Prozent, in England mit 28,4 Prozent, in Frankreich mit 25,8 Prozent belastet. (Hört! Hört! rechts.) Bei den Verbrauchssteuern muß aber auch berücksichtigt werden, daß in Deutschland jeder Verbrauch ganz allgemein durch die Kohlen- und die Umsatzsteuer auf das Fünftel vorbelastet ist. In der letzten Zeit sind innerhalb und außerhalb Deutschlands Bormärkte dahin erhoben worden, daß Deutschland zwar zahlreiche Steuern beschließen habe, sie aber nicht eintrage. Bei diesen Bormärkten ist nicht berücksichtigt worden, daß zur Durchführung dieser Steuererlasse eine neue große Steuerverwaltung geschaffen werden müßte und daß es nicht möglich ist, eine solche große neue Steuerverwaltung gleich leistungsfähig zu machen. Für die Einkommensteuer sind in den neuen Steuererlassen vierzehnteljährliche Abschlagszahlungen vorgesehen. Auch die Umsatzsteuer soll vierteljährlich gezahlt werden. Ein Nachziehen- und Fehndungsobjekt soll die Säumnigen und Nachlässigen erfassen. Was geschleudert gegen die Kapitalflucht erfolgen kann, ist gesehen. Eine

wirksame Abhilfe gegen Kapitalflucht

können internationale Vereinbarungen bringen. Die Reichsregierung ist mit verschiedenen auswärtigen Regierungen in Verbindung getreten, um Verträge und gegenseitige Rechtshilfe anzubahnen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Einnahmen aus den Steuern nicht ausreichen können, um die stets steigenden Ausgaben zu decken. Es soll daher eine Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark aufgelegt werden. Aber auch mit dem Mittel der Zwangsanleihe wird es nicht möglich sein, den Haushalt für das Jahr 1922 einschließlich des Etats zur Ausführung des Friedensvertrags in seiner gegenwärtigen Gestalt zu bilanzieren. Die Reichsregierung beabsichtigt aber, für das Jahr 1922 das Mittel einer

inneren freiwilligen Anleihe

nicht unversucht zu lassen. Bei den Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung hat die Reichsregierung sich bemüht, weitgehendste Sparmaßnahmen zu lassen. Sobald dies möglich war, ist die deutsche Regierung dazu übergegangen, die Zuschüsse zur Lebensmittelerbilligung abzubauen. Es entspricht also nicht den Tatsachen, wenn der Abg. Westarp hier sagte, daß die Erhöhung des Brotpreises auf Befehl der Entente erfolgte. Die Reichsregierung hat die Abhilfe, den völligen Abbau der Zuschüsse zur Lebensmittelerbilligung bis Ende 1922 durchzuführen. Die Beamtenschaft des Reichs ist nicht, wie behauptet, um 40 000, sondern nach Anrechnung der übernommenen Beamten aus Anlaß der Verzechtung von Post, Eisenbahn usw. nur um 65 000 erhöht worden. Die gesamte Aufwendung für Arbeiter, Angestellte und Beamte beträgt über 50 Milliarden Mark. Trotz dieser gewaltigen Summe ist nicht außer Acht zu lassen, daß ein großer Teil der Beamten, Angestellten und Arbeiter mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu ringen hat. Auf der anderen Seite muß mit der Erhöhung der Bezüge jedoch vorsichtig vorgegangen werden, damit nicht in einzelnen Teilen des Reichs das private Wirtschaftsleben Schädigungen erfährt. Es ist in Aussicht genommen, den Reichsarbeitern durch Gewährung von Heberwerbungszulüssen die Ueberwindung der Schwierigkeiten zu erleichtern. Die Regierung ist bereit, die Frage, wie weit auch für die Beamten in besonders teuren Orten eine ähnliche Regelung zu treffen ist, mit dem Reichstag zu beraten. Sie wollen daraus ersehen, wie unverantwortlich es ist,

wenn einzelne Beamte zum Streik auffordern

und damit einen gar nicht zu übersehenden Schaden für unsere Wirtschaft heraufbeschwören. Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß die Reichsregierung offen derartigen Verufen mit offenem Ohr zu Gebote stehenden Mitteln nachdrücklich entgegenzutreten wird. (Bravo rechts — Lärm links.) Im Vorjahre sind für Erwerbslosen für 10,5 Milliarden Mark ausgeworfen worden. Es kann damit gerechnet werden, daß ein großer Teil dieser Beträge dadurch gespart wird, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft tritt. Infolge der allgemeinen Wirtschaftslage läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die Zahl der Erwerbslosen wieder ansteigt. Die Unterstützungslöhne haben der Geldentwertung entsprechend erhöht werden müssen. Alle diese Aufwendungen müßten gemacht werden, um die innenpolitische Ordnung aufrechtzuerhalten. Das mögen die Alliierten berücksichtigen, die da behaupten, Deutschland wende zuviel für soziale Fürsorge auf. Es wäre an der Zeit, daß die alliierten Mächte dafür sorgen, daß die alliierten Kommissionen nicht immerfort

zu unwirtschaftlichen Ausgaben

zwingen. (Beifall rechts.) Der Haushalt zur Erfüllung des Friedensvertrages erfordert in seinem ordentlichen Etat 148 Milliarden, in seinem außerordentlichen 40 Milliarden Mark. Dabei ist ein Einwirkungsfaktor von 45 zugrunde gelegt. Ob dieser Faktor richtig ist, ist völlig unklar. Dazu kommt, daß wir noch nicht wissen, welche Lasten für die Reparationen Deutschland auferlegt werden. Bleibt es bei den Beschlüssen von Cannes, so hat Deutschland im laufenden Jahre 45 Milliarden Mark zu zahlen. Die Bedürfnisse der alliierten Mächte, insbesondere Frankreichs, können nur befriedigt werden, wenn es gelingt, eine langfristige Auslandsanleihe zu erhalten. Die Gewährung einer ausländischen Anleihe kann nur erfolgen, wenn durch eine andere

Gestaltung der uns auferlegten Reparationsverpflichtungen die Kreditwürdigkeit Deutschlands wiederhergestellt wird. Es wird und muß der Tag kommen, an dem der nackte Wille zu leben, die Völker dazu zwingen wird, in gemeinsamer Arbeit die Lastenverteilung zu regeln. Auch das deutsche Volk hat ein Recht zu leben, wenn es sich auch damit abgefunden hat, unter härteren Bedingungen zu leben, als die anderen Völker. Es ist aber auch an der Zeit, daß die Welt nicht nur von dem deutschen Erfüllungswillen hört, sondern auch von unserer Erfüllungstätigkeit erfährt. (Lebhafte Beifall bei Zentrum, Demokraten und Volkspartei.)

Abg. Scheidemann: Ich überbreite nicht, wenn ich sage, wir sind ein Volk von Bettlern geworden, das hungert und friert und Not leidet. (Zuruf links: Durch Eure Schuld.) Wenn die Bedingungen, die uns von den Alliierten auferlegt werden, nicht gemildert werden, muß ein großes Kulturvolk zugrunde gehen. Wir haben noch Richter, die nicht nur nicht Recht sprechen können aus ihrer Weltanschauung heraus, sondern auch offenbar nicht Recht sprechen wollen. Beamte, die das Geld der Republik nehmen und die Gehege der Republik sabotieren, gibt es jetzt mehr als die Republik selbst auf die Dauer gefallen lassen kann.

Die Reichswehr muß zum Schutze der Republik dienen. War der Kapp-Putsch ein Verbrechen am deutschen Volke, so war das Nachspiel am Reichsgericht ein Beispiel kleinlicher Kutterkriecherei und Eigenliebe. (Entzückung rechts!) Wenn unsere Armee aus solchen Männern wie diese Kappführer bestanden hätte, dann hätte der Krieg nicht einmal 14 Tage gedauert: sie wären alle ausgerissen. Von den Inkonsequenzen Arbeiter droht der Republik keine Gefahr mehr. Die Republik hat die Pflicht, sich zu schützen, aber sie darf nicht unbarbarische Räuber sein gegen einen verirrten Idealismus. Darum fordern wir die Freilassung der Gefangenen aus dem Märzputsch.

Abg. Reichert (Din.): Es muß alles darangesetzt werden, die deutsche Auzuhr zu heben. Die Zwangswirtschaft muß beseitigt werden. Die Kohle- und Kaliproduktion untersteht ihr noch immer. Dem ist ein Ende zu machen.

Unentzücklich ist auch der Schematismus des Arbeitszeitgesetzes.

Der Reichsversicherungsminister hat bereits in dem Arbeitszeitgesetz diesem Schematismus entgegenzutreten versucht. Wenn man dem Hausbesitz nicht bald Freiheit gibt, wird das die bösesten Folgen haben. Es wird auch kein Auftrag mehr an Handwerker gegeben werden können. Wenn wir gar die Landwirtschaft in ihrem schlechten Zustand belassen, dann wächst der Hunger und wächst das Elend. Das Hilfswort der Landwirtschaft, über das in Dresden verhandelt wurde, geht darauf hinaus, die Ernte zu steigern. Das Auslandsgeld kostet viermal so viel wie das deutsche Umlagegetreide. Die Landwirtschaft will wieder vom extensiven zum intensiven Betrieb. Das ist allerdings eine Frage des Kredits. Ob dieses Ziel sich angesichts der Zwangsanleihe verwirklichen läßt, ist nicht sicher.

Abg. Quack (D. Sp.): Die Regierung hat sich die Ausbesserung des Etats der Reichsbetriebe außerordentlich leicht gemacht. Es bleibt nichts übrig auf der Einnahmeseite, um eine sicher zu erwartende Steigerung der Ausgaben wettzumachen. Es ist unmöglich, die Tarifstränge bis ins Unendliche weiter zu drehen. Die Leistungen der Post und Reichsbahnen sind außerordentlich dürftig. Die Reichsbetriebe beschäftigen viel zu viel Personal. Die Reichsriegelgesellschaften sind ein Korruptionsherd aller schlimmster Sorte. Wir halten es für notwendig, daß eine völlige wirtschaftliche Umstellung des Steuerwesens erfolgt. Das wird allerdings, darüber sind wir uns klar, nicht sofort möglich sein. Die Sanierung der deutschen Volkswirtschaft ist die Voraussetzung für die Erfüllung der Reparationslasten.

Hierauf werden die Verhandlungen abgebrochen. Der Haushaltsplan wird auf Vorstoß des Präsidenten dem Haushaltsausschuß zur Beratung überwiesen.

Schluß der Sitzung 6.20 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, den 31. Januar, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Kleine Anfragen, Fortsetzung der Haushaltsberatung und kleine Vorlagen.

Die Eisenbahnerbewegung

Die bürgerliche Presse bespricht sehr lebhaft die Streikfrage unter den Eisenbahnbeamten. Die Aufregung ist indes nur vorgetäuscht, denn auch diese Leute wissen, daß keine unmittelbare Streikgefahr besteht. Die Blätter jollen ihre Mahnungen an die Regierung richten, denn von deren Verhalten hängt es ab, wie sich die Dinge in den nächsten Tagen gestalten werden. Statt dessen bemüht die bürgerliche Presse die energische Forderung der Reichsgewerkschaft an die Regierung, diese möge endlich mit den entscheidenden Verhandlungen beginnen, als willkommenen Anlaß, über die Eisenbahner herzufallen und in das Horn des schon im voraus mit Wahregungen drohenden Herrn Groener zu tuten.

Bisher hat die Regierung den Eisenbahnergewerkschaften noch nicht mitgeteilt, daß sie zu Verhandlungen bereit ist. Von dieser Mitteilung hängt zunächst alles ab. Die von der Reichsgewerkschaft vorgeschlagene Frist läuft am 1. Februar ab, und die Regierung wird ihre Verhandlungsbereitschaft in den nächsten Tagen, ja Stunden, zu erklären haben. Tut sie das nicht, legt sie größeren Wert auf die Wahrung ihrer Autorität als auf die Wahrung des Friedens, dann wird die Lage allerdings kritisch. Sollte die Regierung aus Prestigegründen ohne verlässliche Verantwortung der Forderungen der Reichsgewerkschaft unterlassen, weil sie ein $\dagger\dagger$ Ultimatum darstellte, so wäre das eine durchaus verfehlte Politik, die nur zum Unheil führen könnte.

Im übrigen werden die Beamtenverbände noch vor Ablauf der von der Reichsgewerkschaft gesetzten Frist Beschlüsse zur Situation fassen. Die Vorstände des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Deutschen Beamtenverbandes tagten schon gestern. Der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft tritt Dienstag noch einmal zusammen. Die Beschlüsse dieser Körperschaften werden das weitere ergeben.

Gestern fanden in der Eisenbahndirektion Besprechungen statt, in denen nochmals die Forderungen der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten geprüft wurden. Man ist bemüht, den Eisenbahnern in weitgehendstem Maße entgegenzukommen, doch wird erklärt, daß Unmögliches nicht bewilligt werden könne. Auch das Ergebnis dieser Verhandlungen wird auf die Haltung der Eisenbahner nicht ohne Einfluß bleiben.

Groener rüft!

Eine Lokalkorrespondenz verbreitet folgende Mitteilungen über Groeners Vorbereitungen zum Kampf:

Im Reichsversicherungsministerium rechnet man kaum mehr mit der Möglichkeit, daß der drohende Konflikt bei der Eisenbahn sich vermeiden läßt. Der Reichsversicherungsminister hat am gestrigen Montag mit dem Reichsminister des Innern und mit den in Frage kommenden Stellen der einzelnen Länder über gewisse Notwendigkeiten verhandelt, die sich beim Ausbruch des Streiks ergeben würden. So ist beabsichtigt, bei einem Ausstand Schuttpolizei in größerem Maßstab heranzuziehen, um Arbeitswillige und die Bahnanlagen zu schützen. Weiter ist angeordnet worden, daß ohne Rücksicht auf ihren Rang auch höhere Eisenbahnbeamte zur Bedienung von Lokomotiven herangezogen werden, sofern sie technisch genügend vorgebildet sind, um die Lokomotiven bedienen zu können. Weiterhin sind Vorschriften erlassen worden zur Aufrechterhaltung des lebensnotwendigen Ver-

kehrs. Darunter ist vor allem die Beschaffung von Lebensmitteln, Kohlen, Milch und ein allerdings stark beschränkter Personalverkehr auf den Hauptkreisen zu verstehen. Groener irrt sehr, wenn er glaubt, solche Vorbereitungen könnten entspannend auf die Lage einwirken.

Auch die Reichsregierung droht

Wolffs Bureau meldet:

Das Reichskabinett hat sich heute abend eingehend mit dem angebotenen Streik eines Teiles der Reichsbahnbeamten beschäftigt. Man war sich darin einig, daß die unvermeidliche Wirkung dieses Streiks die Zerkürzung der Vorräte des deutschen Beamtenums sein müßte. Es ist die geschlossene Auffassung der Reichsregierung, daß der Streik mit den Bestimmungen und dem Wesen des Beamtenums völlig unvereinbar ist. Die Reichsregierung richtet deshalb an alle in Betracht kommenden Kreise, die dringende Warnung, sich nicht zu Handlungen vorzuleiten zu lassen, die für die Gestaltung ihrer Zukunft verhängnisvoll sein würden. Die innere und äußere Lage unseres Landes duldet es nicht, daß von verantwortungsloser Seite durch Rahmung des Eisenbahnverkehrs die Hand an die Gargel des Staates gelegt wird, wie der von radikaler Seite beliebte Ausdruck lautet. Die Regierung wird deshalb in gegebenem Maße mit äußerster Energie gegen solche Bestrebungen vorgehen.

Polizei- und Verwaltungsreform

Tagung der Freien Vereinigung für Polizei- und Kriminalwissenschaft

Die Vereinigung für Polizei- und Kriminalwissenschaft, die Polizeibeamte aller Dienstgrade und Dienstgrade, Verwaltungsbeamte der Reichs- und Staatsbehörden und Strafrechtswissenschaftler zu ihren Mitgliedern zählt, hält gegenwärtig im Bürgeraal des Neuen Rathauses in Berlin-Schöneberg ihre erste Tagung ab.

Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses der Vereinigung, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Staatsminister a. D. Dr. Drems, kennzeichnet in seiner Eröffnungsansprache die Ziele der Vereinigung dahin, die Polizeibeamten zur Erfüllung ihrer im heutigen demokratischen Staat bei der außerordentlich scharfen Kontrolle des Publikums besonders schwierigen Aufgabe durch geistige Förderung fähig zu machen. Sodann sprach Präsident Dr. Drems über die

preußische Verwaltungsreform.

Die erforderlich geworden ist infolge der Beseitigung der früheren Hegemonie Preußens. Die für die Lösung dieser Aufgabe gemachten Vorschläge, z. B. die Uebernahme der Regierung in Preußen durch das Reich und die Zerschlagung Preußens lehnte Dr. Drems als undurchführbar ab. Es müßte bei der Selbstbestimmtheit Preußens solange bleiben, bis eventuell alle Bundesstaaten sich bereit erklären im Reich aufzugehen. Wir brauchen, sagte Dr. Drems, eine wirkliche Verwaltungsreform, und kein Fiktion, eine Reform, die von einer großen Idee getragen ist, wie sie zum Beispiel die Städteordnung von 1808 enthält.

Wir müssen dem Staats neue Kräfte zuführen durch die Stärkung der Selbstverwaltung und durch die Erweiterung der Selbstverwaltung auf die Provinzen und Kreise. Bei dieser Neuregelung würde wohl die

Einrichtung der Regierungspräsidenten

fallen müssen. Ursprünglich habe die gesamte Verwaltung in den Händen der Regierungspräsidenten gelegen, der Oberpräsident habe zunächst keine Exekutivgewalt gehabt, sondern er sei als Provinzialminister der staatliche Repräsentant der Bevölkerung gegenüber gewesen. Allmählich aber sei der Einfluß des Oberpräsidenten größer geworden. Auf diese Weise seien für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des Staates außerordentliche Hemmnisse entstanden, weil fortgesetzt Konfliktmöglichkeit zwischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten sich ergab. In allen anderen Ländern habe man zwischen Zentralbehörden und der Kreisverwaltung nur eine Zwischenbehörde, bei uns aber zwei: Regierungspräsident und Oberpräsident, und dies mache unseren Apparat komplizierter, langamer und reibungsloser. Eine von den beiden Stellen müsse fallen, wenn auch jede hauptsächlich, sie sei unentbehrlich. Diese Verwaltungsreform müsse kommen, wir dürfen uns nicht das Amtszugewinn ausstellen und vor dieser Arbeit zurückweichen.

Eine weitere Aufgabe der Verwaltungsreform muß die bessere Regelung der Verwaltungsgeschäfte und Verwaltungsstreitverfahren sein. Die Verwaltungsgerichte der Provinzial- und Kreisinstanzen müssen Gerichte mit Berufsrichtern sein. Jedermann muß die Verwaltungsgerichte jederzeit anrufen dürfen. Die Komunalordnung soll der neuen demokratischen Gestaltung des Staates angepaßt werden. Es ist die Befreiung der ehrenamtlichen Gemeindevorsteher durch Besoldete vorgehen. Die Gutsbezirke werden verschwinden. „Ich hoffe“, so sprach Dr. Drems, „daß die Verwaltungsreform von den politischen Parteien nicht von einseitigem Parteistandpunkt aus betrachtet werden wird — das wäre ein großer Unfug — sondern daß die Parteien sich zu einer Betrachtung der Reform von einem Standpunkt aus durchdringen, wie ihn das Wohl des Vaterlandes erfordert.“ (Lebh. Beifall.)

Die Rechtsstellung und Verlegung der Schutzpolizeibeamten besprach dann eingehend Polizeioberst van den Bergh. Das Schutzpolizeibeamtengesetz liegt für Preußen bereits in einem Referentenentwurf vor. Ein neues Versorgungsgesetz für die Schutzpolizei wird der sozialen Gelegenheit eingepaßt und sieht nicht nur dem Abschluß. Eine Trennung von Ordnung- und Sicherheitspolizei wird auf die Dauer nicht durchführbar sein. Nachdem die Sicherheitspolizei auf Verlangen der Entente beseitigt worden ist, ist

ein neuer Beamtenkörper von 60 000 Köpfen

entstanden. Die Beamtenschaft muß jung und kräftig sein, daher ist eine lebenslängliche Anstellung nicht möglich. Auf diese Weise ist man zu einer zwölfjährigen Mindestzeit gekommen und zu einem Versorgungsdienstgesetz, wie es für die Wehrmacht geplant war. Die Schutzpolizei muß organisierte und rechtlich zu einer reinen Polizei umgestaltet werden, die den Bedürfnissen des Volkes anerkant wird. Dazu gehört die Entmilitarisierung und Entpolitisierung der Polizei, feste Disziplin und andererseits Gewährung voller Verfassungsrechte. (Beifall.)

Nach kurzer Ansprache wurden die Verhandlungen auf Dienstag, den 31. Januar, vertagt.

Das neue itaulische Kabinett. Mit der Bildung des neuen itaulischen Kabinetts ist nach einer O.E.-Medung aus K o m n o G a l w a n a u s t a s beiraunt worden. Außer dem Ministerpräsidenten Ios Herr Galwauausas das Finanzministerium übernehmen. Das neue Kabinett ist als Geschäftsministerium gedacht und will sich vorwiegend auf die christlich-demokratische Partei stützen. Die Verhandlungen mit der Partei der Volkssozialisten, welcher der frühere Ministerpräsident Grinius angehört, dauern noch an.

Bei Schwächezuständen beiderlei Geschlecht, sowie bei allen Störungen des Nervensystems (geringe Arbeitslust, Regbarkeit, Schlaflosigkeit) sind

Dr. Hoffbauer's Hohimbin-Lecithin-Dräparate

als ein schnell und prompt wirkendes Nahrungsmittel zu empfehlen. Durch Hohimbin wird nicht allein eine Anregung des ganzen Organismus erzielt, sondern es werden auch durch Erregung oder Beruhigung die Stoffe erzeugt, welche in weiterer Aufregung und Erregung einen Teil in zu erregen Mogen verbraucht werden. Diese Lecithin-Substanz vom Körper, befeuchtend durch Hohimbin, wirkt selbst in geringen Dosen mächtig Wunder, so daß wir nicht umhin können, auf dieses Präparat hinzuweisen.

Zusätzliche Beschreibung erhält man in der Elefant-Apotheke, Berlin SW.10, Leipziger Str. 74, am Dönhofsplatz. (Fernspr.: Cenx. 7122).

WEISSE WOCHE

Verkauft Sowie Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

Herren-Wäsche

- Oberhemden 82⁵⁰ mit festem Manschett. 98⁵⁰
- Taghemden 65⁰⁰ 82⁵⁰
- Nachhemden 88⁵⁰ 110⁰⁰
- Sporthemden 175⁰⁰
- Sportkragen 6⁷⁵
- Stehkragen 12⁵⁰
- Stehumlegekragen 14⁵⁰
- Manschetten 14⁵⁰

Damen-Bekleidung

- Weisse Vollvoile-Kleider 195⁰⁰
- Weisse Flausch-Paletots 590⁰⁰
- Weisse Tüllkleider 490⁰⁰

Handschuhe

- Weisse Damen-Schweden 12⁷⁵
- Lange weisse Handschuhe 24⁷⁵
- Lange weisse Handschuhe 29⁷⁵
- Lange weisse Handschuhe 59⁷⁵
- Lange weisse Handschuhe 69⁷⁵

Spitzen

- Wäsche-Stickereien 17⁵⁰
- Wäsche-Stickereien 3²⁵
- Wäsche-Stickereien 7⁵⁰ 9⁷⁵ 10⁷⁵
- Stickereien 6⁹⁰ 8⁰⁰ 9¹⁰
- Unterrock-Volants 15⁰⁰ 17⁵⁰
- Zwirn-Spitzen 1¹⁰ 1⁷⁵ 2⁵⁰
- Zwirn-Spitzen 3⁷⁵
- Maschinen-Klöppel 4⁵⁰ 6⁰⁰
- Geslickte Filet-Spitzen 6⁰⁰ 9⁰⁰ 15⁰⁰
- Tüll-Volants 30⁰⁰ 43⁰⁰ 53⁰⁰

Trikotagen

- Damen-Hemdchen 8⁵⁰ 11⁵⁰
- Damen-Hemdchsen 34⁰⁰ 55⁰⁰
- Damen-Schlupfhöschen 35⁰⁰ 48⁰⁰
- Hemden und Beinkleider 68⁰⁰
- Herren-Hemden 85⁰⁰
- Kinderjäckchen 5⁵⁰ 6²⁵

Strumpfwaren

- Damenstrümpfe 8⁵⁰ 12⁵⁰
- Damenstrümpfe 22⁵⁰ 38⁵⁰
- Damenstrümpfe 58⁰⁰ 75⁰⁰
- Herrensocken 7⁹⁰
- Herrensocken 18⁵⁰
- Herrensocken 26⁵⁰
- Kinderstrümpfe 22⁰⁰ 28⁰⁰

Weisswaren

- Schalfragen 17⁵⁰
- Schalfragen 27⁰⁰
- Schalfragen 25⁰⁰
- Untertailen 26⁵⁰ 37⁵⁰ 39⁵⁰
- Morgenhauben 14⁷⁵ 16⁵⁰ 26⁰⁰

HERMANN

Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Ueber die Kränze (1. Teil)

Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Heudiele

Staatstheater
7 1/2 Uhr: Madame Butterfly

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Faust

Kammerpiele
7 1/2 Uhr: Die Weber

Königsgraber Str.
7 1/2 Uhr: Die Wunderlichen

Wendisch-Theater
7 1/2 Uhr: Die Wunderlichen

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Das weiße Land

Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: Elga

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Haben Sie nichts zu verkaufen?

Theater des Ostens
7 1/2 Uhr: Die Verwirrten

Casino-Theater
7 1/2 Uhr: Die neue Berliner Woffe

Apollotheater
7 1/2 Uhr: Rund um die Welt

Residenz-Rasino
7 1/2 Uhr: Das Paradies der Witwenballe

Karussell
7 1/2 Uhr: Maria Orska

Berliner-Theat.
7 1/2 Uhr: Die Prinzessin Olala

Prinzessin Olala
7 1/2 Uhr: Die große Ausstattungs-Operette

Der Herr der Welt
7 1/2 Uhr: Die große Ausstattungs-Operette

Die Ehe im Kreise
7 1/2 Uhr: Die große Ausstattungs-Operette

Die Mondscheindame
7 1/2 Uhr: Die große Ausstattungs-Operette

Neue Welt

A. Scholz, Hasenheide 108-114
Heute, Dienstag, 31. Januar

Bockbier-Fest

Prämierung der größten Dame im Alter von 17 - 30 Jahren

3 bezaute Geldpreise: 500, 300, 200 Mark

8 Kapellen 30 Bayer. Mad'! Einlaß 6 Uhr

Anmeldungen zur Prämierung bis 10 Uhr

Legitimation ist mitzubringen

Geschichte der USPD.

Von Eugen Prager

In dauerhaftem Halbleinband 50.- Mark

Buchhandlung „Freiheit“

Geschlechtsleiden!!

Dr. med. Dr. med. Dammann's

Racikalmittel gegen Geschlechtsleiden!!

Spezialkasseler Kellerei

Allgemeine Ortskrankenkasse Spandau

Achtung!

Auf Grund des Gesetzes vom 28. Dezember 1921

ist die Kasse zur Liquidation übergeben

Die Kasse wird am 31. Januar 1922

zur Liquidation übergeben

Die Kasse wird am 31. Januar 1922

zur Liquidation übergeben

Die Kasse wird am 31. Januar 1922

zur Liquidation übergeben

Die Kasse wird am 31. Januar 1922

zur Liquidation übergeben

Die Kasse wird am 31. Januar 1922

zur Liquidation übergeben

Die Kasse wird am 31. Januar 1922

zur Liquidation übergeben

Die Kasse wird am 31. Januar 1922

zur Liquidation übergeben

Die Kasse wird am 31. Januar 1922

zur Liquidation übergeben

Die Kasse wird am 31. Januar 1922

Rechtsbeistand Sentsz

Berlin NO 18
Gr. Frankfurter Straße 98

Tel.: Königst. 9443

Prozessvertretung bei allen Berliner Gerichten

in Zivil- und Strafsachen

Beratung in sämtl. Rechtsangelegenheiten

Ehescheidungen

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Piniener 83-8

Telefonamt Nordend Nr. 833-636

Die Bezirksvertrauensmänner-Konferenz

des 11. Bezirks findet am Mittwoch

um 6 Uhr, jedoch schon nachmittags 5 Uhr statt.

Donnerstag, den 2. Februar 1922, abends

6 Uhr, im Lokal von Schwarz, Reibstock 28

Vertrauensmänner-Konferenz der Bauhelfer

Donnerstag, den 2. Februar 1922, abends

7 Uhr, im Lokal von Dams, Schlegelstraße 9

Außerordentliche Vertrauensmänner-Konferenz

der Eisenkonstruktions-, Kran- und Aufzugs-,

Signalbau- und Eisenwerksbranche

Todesanzeige

Im Sonnabend, den 28. Jan., früh 6 Uhr, nach

kurzer Krankheit, nach

5 Große Sonder-Tage.

Die große Teuerung bringt es mit sich, daß die Warenpreise, die großen

Zulagen an Arbeitslöhnen von Tag zu Tag

erschwerlicher werden.

Trotzdem sind wir in der Lage, durch

irühzeitige Riesen-Einkäufe unseren Kunden Preise zu stellen,

Dienstag, d. 31. Jan., bis Sonnabend, d. 4. Febr.:

Frühjahrs-Anzüge 700 M.

Frühjahrs-Anzüge 1000 M.

Frühjahrs-Anzüge 900 M.

Frühjahrs-Anzüge 900 M.

Frühjahrs-Anzüge 1200 M.

Der kleine Samariter

Diene zur Selbsthilfe

bei leichten Krankheiten

besten und gibt Verdauungsregeln

bis zum Erreichen des Kräfte bei schweren

Krankheiten.

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wasche und Hausarbeit

Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf

Preis des Paket Mk. 2,50

Werbt für unser Blatt!

Arbeiterkinder vor bürgerlichen Geschworenen

Zu den Urteilen in den Plündererprozessen

R. Der Justizapparat hat diesmal mit staunenswürdigem und nachahmenswerter Schnelligkeit gearbeitet. Zwei Monate sind erst ins Land gegangen, seitdem die bedauerlichen Ausschreitungen, in erster Linie wohl seitens irreführender Jugendlicher, stattgefunden haben, und schon stehen wir vor ganz unbegreiflichen Urteilsprüchen. Weitere werden wohl folgen, denn mehr als hundert Personen sind bei den Plünderungen verhaftet worden.

Der jugendliche Arbeiter, an dem Schule und Erziehung, an dem die ganze bürgerliche Gesellschaft seit Jahrzehnten gesündigt hat, steht in diesen Prozessen vor seinen Klassenfeinden, den bürgerlichen Geschworenen, und hat sich für seinen jugendlichen Verstand zu verantworten. War er im November beschäftigungslos, von Not geplagt, sorgte die Kommune in keiner Weise dafür, daß er seine ihm aufgezwungene freie Zeit irgendwie nutzbringend ausfülle, so muß er jetzt ins Gefängnis wandern, damit er süß und gleichzeitig anderen ein abschreckendes Beispiel gebe.

Demgegenüber kann nicht laut genug die warnende und protestierende Stimme erhoben werden. Das, was an diesen Jugendlichen, bis dahin unbescholtenen Arbeiterkindern, jetzt kaltsblütig, mit vollem Bewußtsein, von bürgerlichen Richtern getan wird, ist ein viel größeres Verbrechen, als jenes, das sie sich, in allerdings unsozialer Weise, irreführend durch ihre Notlage, zuschulden kommen ließen. Ihr Vergehen muß aus der Situation des gegebenen Augenblicks, der plötzlich entstandenen Notlage, aus der Psychologie der Beteiligung in der Masse heraus verstanden werden. Indem sie, die Unfertigen, Häßlichen, aber vielleicht noch vollständig Unverdorbenen, nun ins Gefängnis gesteckt werden und so in Gesellschaft von Verbrechen kommen, laufen sie Gefahr, eine Schule durchzumachen, die verhängnisvoll nicht nur für sie, sondern auch für die Bürger werden kann, deren Güter so grausam geschädigt werden sollen.

Sollten die Geschworenen — wohl selbst Väter — so wenig Sinn für das Wohl und Weh, für die Psychologie der Jugendlichen besitzen? Sollten sie wirklich so wenig Verständnis für die wahren Interessen der Gemeinschaft haben? Sie müssen doch begreifen, daß die verhafteten Jugendlichen Mütter genug gehabt haben, auch bis zum Gerichtstermin einzusehen, daß sie unrecht gehandelt haben, und nun eines Besseren belehrt sind. Soll überhaupt ein abschreckendes Beispiel statuiert werden, so ist es ja damit bereits geschehen. Weshalb also diese grausamen Urteile von drei Monaten bis ein Jahr Gefängnis? Weil eben die bürgerlichen Geschworenen kein Gefühl für Arbeiterkinder haben können. Ja, wenn es sich um Delikte ihrer Söhne, zum Beispiel der Korpsstudenten, handeln würde, dann fänden sie schon ein Verzeihen.

Doch was sagen dazu die Jugendwohlfahrtsinstitutionen? Werden sie ihre Stimme erheben? Weshalb wird diesen Jugendlichen nicht die Bewährungsfrist bewilligt? Ist es nicht ein Hohn auf das ganze Gerede über Jugendwohlfahrt, Jugendgerichte, Jugendfürsorge und wie alle diese schönen Sachen heißen? Was sagt dazu der sozialistische Justizminister Radbruch? Wäre es nicht nur recht und billig, daß der sozialistische Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch macht?

Das Tenor sind aber die Herren Geschworenen gesagt sein lassen: So manches Menschenleben wird auf das Konto ihres Gewissens zu schreiben sein. Der Gesellschaft leisten sie mit dieser Grausamkeit einen schlechten Dienst. Der Gefängnisverwaltung jedoch erwächst die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die verurteilten Jugendlichen nützlichbringend die Zeit der ausgesetzten Unfreiheit verbringen und daß sie an Körper und Seele nicht Schaden erleiden.

Vor allem ist aber nun wieder einmal der schlagende Beweis dafür geliefert, wie notwendig es ist, die Geschworenengerichte endlich zu entbürgerlichen, sie zu demokratisieren und zu wahren Volksgerichten auszugestalten.

Hätten Arbeiter auf der Geschworenbank gesessen, so wären sie zweifelsohne schonender mit ihren Kindern umgegangen.

Und weiter: es muß endlich Ernst gemacht werden mit der Vereinfachung des Jugendgerichtswesens. Dort, wo es sich nicht um Sühne einer sittlichen Schuld, sondern um Erziehung und Wahrung des Verantwortungsgedächtnisses handelt, dort haben die Geschworenengerichte nichts zu schaffen, sondern hat der Jugendrichter und Erzieher sein maßgebendes Wort zu sprechen. Im Falle der jugendlichen Plünderer mangelte es lediglich an politischer Erziehung. Man kann sich nicht vorstellen, daß ein Jugendlicher, der in der sozialistischen Proletarierjugend oder Arbeiterjugend organisiert ist, sich an den Plünderereien beteiligen hätte.

Bedenkt man schließlich, daß diese drakonischen Urteile angefaßt der wüsten Orgie einer ungehinderten Börsenspekulation der Güter, des Ertrags und des Geldverkehrs entsprechen, so ist das, was die armen Jünglinge getan haben, so begreifbar man erst ganz den gefährlichen Klassencharakter ihrer Justifizierung.

Der 1. Februar auf der Eisenbahn

Mit dem 1. Februar werden auf den deutschen Eisenbahnen eine Reihe von Tarifierhöhungen durchgeführt, die sich auf den Personen-, Güter-, Fern-, Express- und Gepäcksverkehr erstrecken. Im Güterverkehr, dessen Tarife gleichzeitig mit den Sätzen des Fernverkehrs am 1. November und 1. Dezember je eine Erhöhung erfahren, von denen die erste 30, die zweite 75 v. H. betrug, werden die jetzt geltenden Sätze eine weitere Steigerung um 33% Prozent erfahren. Im Fernverkehr treten neue Tarifierhöhungen gegenüber den jetzt geltenden Sätzen um 75 Prozent ein, so daß von morgen ab die Personenzugtarife für ein Kilometer in der 1. Klasse von 76,05 Pf. auf 133,2 Pf., in der 2. Klasse von 42,25 Pf. auf 74,1 Pf., in der 3. Klasse von 25,35 Pf. auf 44,5 Pfennig und in der 4. Klasse von 16,9 Pf. auf 29,6 Pf. steigen, während die Schnellzugzuschlagarten sich um 50 Prozent verteuern und auf 15, 30 und 45 in der 1. und 2. Klasse und auf 8, 15 bzw. 23 Mark in der 3. Klasse steigen werden.

Anders als im Fernverkehr ist die Preissteigerung im Vorortverkehr bemessen. Hier beträgt die Erhöhung der Fahrpreislöhne für die Mindestentfernungen 100 Prozent, da die Sätze für Einzelkarten von 1,50 Mark in der 2. Klasse auf 3 Mark und von 1 Mark in der 3. Klasse auf 2 Mark erhöht worden sind. Neben den Tarifen für die Einzelkarten sind die Tarife sämtlicher Zeitkarten im Fern- und Vorortverkehr erhöht worden. Gegenüber den Einzelschuldenkarten, die durch die Abrechnung der Beträge auf volle 50 Pf.-Beträge in der Mehrzahl der Fälle mehr als 75 Prozent gegenüber den jetzigen Preisen verteuert sind, bemessen sich die Erhöhungen der Zeitkarten etwa im Rahmen der in Aussicht genommenen 75prozentigen Erhöhung. In gleicher Weise werden auch die Sätze für die Expressgüter sowie die Gepäcksfrachten um 75 Prozent erhöht.

Welches Ausmaß die Erhöhungen gegen die Friedenspreise mit diesen neuen Sätzen erreicht haben, zeigt die Gegenüberstellung der Mindestfahrpreise im Frieden im Vorortverkehr, die 10 bzw. 15 Pf. gegen je 2 und 3 Mark betragen, während im Fernverkehr das Tarifpersonenzugskilometer in der 1. Klasse 7, in der 2. Klasse 4,5, in der 3. Klasse 3 und in der 4. Klasse 2 Pf. kostete, eine Steigerung auf das 10- bis 20fache der Friedenspreise, während die Verteuerung des Güterverkehrs mit den letzten Tarifierhöhungen rund 2650 Prozent der Vorkriegsfrachten erreicht hat.

Tarifierhöhung bei der Hochbahngesellschaft. Die Hochbahngesellschaft wird ihre Tarifierhöhung am Mittwoch, den 1. Februar d. J. vornehmen und von diesem Tage ab folgende Fahrpreise erheben: 3. Klasse: bis zum 5. Bahnhof 1,70 M., darüber hinaus 2 M.; 2. Klasse: bis zum 5. Bahnhof 2 M., darüber hinaus 2,50 M.

Die Tarifierhöhung bei der Straßenbahn beschäftigte am Montag den Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung in mehrstündiger Sitzung. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, verzögerte sich der Beschluß ohne Beschlußfassung auf Mittwoch, so daß also die Stadtverordnetenversammlung saum vor Donnerstag dazu Stellung nehmen wird. Von unserer Seite wurde im Ausschuß betont, daß zur Beseitigung des Defizits andere Wege gegangen werden müssen, als die bisher eingeschlagenen. Die Fahrpreiserhöhung darf nicht ins Unendliche fortgesetzt werden, dadurch entsteht höchstens eine Abnahme des Verkehrs, aber nicht des Defizits.

Die nächsten proletarischen Feiertage finden am Sonntag, den 12. Februar und nicht wie irrtümlich angezeigt im April statt.

Spigel

Das Treiben der Detektivbureaus

In unserem gesegneten Staate stirbt nichts, was widerwärtig und gemein ist und sich gegen die Interessen der Arbeiterklasse richtet.

Wir haben abgerüstet, aber bisweilen werden noch immer Kanonen und Maschinengewehre gefeuert. Wir haben die Orgel und die Einwohnerversammlungen aufgelöst, aber es gibt dafür die Turnvereine und die Arbeitsgemeinschaften. Wir haben sogar eine Republik mit einer schwarzrotgoldenen Fahne, aber es gibt viele Leute, die noch nichts davon gemerkt haben. Von der Jahre natürlich.

Es ist noch mancherlei da, was eine Ruine sein sollte und es nicht sein will. Zum Beispiel Heiserich und Ludendorff. Auch die Deutsche Pinkerton-Gesellschaft ist noch immer da mit ihrem „Direktor“ Dr. Gärtnner, der immer noch Gerhart heißt. Dieses romantische Unternehmen ist leider kein Schandroman es übt eine gefährliche und verbrecherische Wirksamkeit aus, indem es „unlautere Elemente entfernt“. Wir haben in den stürmischen Tagen der Revolution wiederholt auf die Bande mit ihrem sanften Ober hingewiesen, deren Beteiligung an verschiedenen Morden keineswegs aufgeföhrt ist und die zweifelloso Verhaftungen und Freiheitsberaubungen vorgenommen hat, ohne dazu durch etwas anderes befugt zu sein, als die Hurengelder ihrer industriellen Aushalter.

Die folgende Offerte beweist, daß das „größte Detektivunternehmen“ mit seinem vorzüglichen Stab von Banditen, Spiegeln und Provokationsagenten ungestört seine Tätigkeit fortsetzt.

Hier ist der Brief, der an einen Fabrikdirektor gerichtet ist:

Deutsche Pinkerton-Gesellschaft
Berlin W. 9, Schellingstraße 2.
Datum des Postempfels.

Sehr geehrter Herr Direktor!

Hiermit bitte ich um die Liebstenwürdigkeit, mir eine diskrete Auskunft zu erteilen — ich sichere Ihnen im voraus strengste Diskretion zu.

Sie erleiden Verluste, die durch unser Kontrollsystem leicht zu vermeiden sind. Ich bin bereit, Ihnen zu helfen, unlaute Elemente zu entfernen, falls solche unter Ihrem Personal vorhanden sind.

Zu diesem Zwecke stelle ich Ihnen einen Beamten (Herrn oder Dame oder Arbeiter) zur Verfügung. Dieser arbeitet nach unserer Anweisung als Ihr Angestellter für Sie und Sie erfahren täglich alles das, was in Ihrem Betriebe passiert.

Die Unkosten, die für Sie entstehen, sind gering, denn eine Prämie zahlen Sie nur dann, wenn der Erfolg einwandfrei nachgewiesen ist.

Als Referenz möchte ich Ihnen, falls Sie die internationale „Pinkerton“ nicht kennen, einige Anerkennungen im Original vorlegen. — Ich lasse diese nicht vervielfältigen, denn es soll nur den Herren Chefs bekannt sein, wo und wann ich in den Betrieben arbeite.

Wenn Ihnen ein unverbindlicher Besuch genehm ist, so bitte ich Sie um Nachricht.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Gerhard, Direktor.

Ob es wirklich Arbeiter gibt, die sich diesen Leuten zur Verfügung stellen? Leider ja. Das Referat des Lumpenproletariats ist groß und enthält alle möglichen Sorten von Erstlingen, die jeder Klassenmoral bar und oft genug bereit sind, für einen Zubehörlöhne die eigenen Genossen zu verraten. Die herrschende Gesellschaft beschränkt sich nicht darauf, diese Erstlingen zu produzieren, sondern bedient sich ihrer, wie Figuren zeigt, in Kruppelsober Weise. Sie ist für das eine wie für das andere verantwortlich.

Von anderer Seite schreibt man uns: Der Angeklagte Köffel behauptete in dem Prozesse Schlieffen, daß er von einem Agenten des Privatdetektivbureaus des Hauptmanns Holz zur Ausschaltung des Verbrechens gedrängt worden sei. Obgleich der Hauptmann Holz bestritten hatte, seinen Leuten eine derartige Anweisung gegeben zu haben, erhielt aus dem Umstande, daß er anfangs den Plan hatte, in eigener Person eine als der junge Georg Schlieffen verkleidete Person in einer Kutsche zu fahren, um so die Verbrecher zu veranlassen, ihre Absicht auszuführen, daß Köffel wahrscheinlich die

Im Wasser

Von Stijn Streuvels

Aus dem Nämlichen überlegt von Friedrich Marcus Huebner

(A. Fortsetzung)
„Jan, der Pfarrer kommt“, künfterten die Gefährten. Sie grüßten bescheiden und ließen Jan mit dem Pfarrer allein.
„Jan, wie geht's?“
Jan hob den Kopf, blickte seitlich empor und stand verdutzt auf.
„Guten Tag, Herr Pfarrer“ — und dabei drückte er die schlaffen Hände gegen das nasse Tuch seiner Hose.
„Einen guten Fang getan, heute nacht?“
„Ja, es ging.“
„Und Mutter und die Brüder?“
„Sie sind dort im Hause“, und er wies nach einer der Hütten hoch auf dem Ufer.
Der Pfarrer stellte noch manche andere Frage über Treiben und Tun an der Wasserlante; Jan aber antwortete immer nur abgerissen und unselbig.
„Ist dein Hauswesen nun schon in Ordnung?“ fragte der Pfarrer unversehens mit Milde.
Jan blickte rasch auf, er fühlte sich ganz überwunden durch das vertrauensheische Benehmen des alten Pfarrers, und ehe er's richtig überdacht hatte, war es schon heraus:
„Ja, das Haus steht bereit, Herr Pfarrer, das dort ist's, an der Ecke bei Riele's) Smeets, neben der Wirtschaft „De groene Populier“), wo Zale Klet verstorben ist.“
„Wie geht's mit Zale?“
„Gut, denke ich“, sagte Jan zaubernd und guckte wieder auf.
„Na, Jan, ich kam, um dir zu sagen, daß alles vorbereitet und geregelt ist, und daß du also am nächsten Sonntag heiraten kannst.“
Jan wollte darauf ganz einfach antworten, daß es denn also gut war, und wollte den Pfarrer abziehen lassen, aber da kam Zale Siepers hoch droben auf dem Ufer zum Vorschein und wollte zur Scheide hin. Als sie den Pfarrer gewahrte, blieb sie erst ein Weilschen stehen, dann schlug sie den Weg zu den Häusern ein. Indem Jan sie sah, war es mit all seiner Fassung dahin. Er stemmte seine Beine nach

hinten, kreuzte die Arme über seine breite Brust und schaute dem Pfarrer fest ins Angesicht.
„Mit dem Weibe wollt Ihr mich zusammen tun? Wohlan: ich denke gar nicht daran, zu heiraten.“
Der Pfarrer zog seine weißen Augenbrauen in seine durchsuchte Stirne und hob die Brille auf die Nasenspitze.
„Warum, mein Junge?“
„Dieweil es Zale Siepers ist, die ich heiraten soll, Herr Pfarrer.“
„Jan, mein Kind“, sagte der Pfarrer sanft, und dabei legte er seine Hand auf Jans nasse Schulter. „Jan, mein Kind, Du müßtest eigentlich schon ein volles Jahr mit Zale verheiratet sein.“
Jan schaute vor sich nieder und wartete auf mehr.
„Ein anständiger Kerl kennt seine Frau erst, wenn er sie geheiratet hat. Darum wird es höchste Zeit, daß du die Sache zum guten Ende führst.“
Der große Jan stand da, ohne zu reden, und seine entschlossenen Augen richteten sich liebedlich auf den Pfarrer. Dann wurde er auf einmal böse: er fühlte sich's zu Kopfe steigen und vergah, mit wem er redete:
„Immer dieses alte Lied... Wilt Ihr denn so genau, daß ich es gewesen bin? Käuft das Weibsbild nicht überall ein und aus? Und das eine arme Mal in dieser verdammten Sonntagnacht, mit all dem Bier... Wenn sich ein Weib dir anhängt, was soll dann der Mensch dagegen tun?“
„Dann ist es gerecht und billig, daß er sie heiratet“, antwortete der Pfarrer gelassen. „Siehst du, es ist nun einmal gegeben: mit deiner Zustimmung haben wir alles sowohl eingetrenkt, und alles kann, wenn du willst, noch gut auslaufen. Jan, mein Junge, du kannst aus Zale eine wackere Frau machen und mit ihr besser auskommen als mit irgend-einer anderen. Das ist eben die Buße dafür, daß du dir Sachen hast aneignen wollen, worauf du kein Anrecht hattest. Seitdem hast du vielleicht deine Augen rechts und links umhergeschweiften, ohne zu bedenken, daß du schon bestimmte Verpflichtungen hattest. Hör doch: was sollte aus diesem Mädchen werden, falls du sie nicht heiratest? Du machst sie für immer unglücklich. Nimm Verstand an, Jan, du müßt für deine und ihre Ehre sorgen. Und deine Mutter! deine Brüder! und alle die Männer von der Wasserlante!... Was würde Broeke, dein Vorstand, sagen, wenn er so etwas erfähre... Jan, bedenke es und sei brav.“
Der Pfarrer klopfte Jan wieder freundlich auf die Schulter, holte sein Buch hervor und wandte sich zum Gehen.

Jan stand und blickte ins Wasser wie einer, den der Strom überwältigt und mitreißt, ohne daß er dagegen auskommen kann.
Tale kam nun von links her den kleinen Pfad herabgestiegen, dem Wasser zu. Sie hatte ihr Kind auf dem Arm; den anderen Arm hielt sie unter der Schürze.
„n Tag, Jan“, sagte sie schüchtern, und dann ließ sie das Kind dem großen Kerl entgegenfallen.
„n Tag, Tale“, sagte Jan, und er hantierte vornübergebeugt weiter, sein Reh reinigend und sich ein Viehdien pflegend. Sie war gekommen, um ihm allerhand zu sagen über ihren neuen Hausstand, über die Ausstattung und die Regelung der Hochzeit. Aber Jan blickte kein einzigesmal nach ihr auf, und sie fühlte es in ihrer Kehle stocken; doch endlich wagte sie zu fragen:
„Bist Fisch gefangen, Jan?“
Da er stocksteif blieb und finstern aufs Wasser blickte, versuchte sie:
„Du kannst dich erkälten, Jan; wo hast du die Kleider?“
„Er gehen nach Haus, Tale, komm.“
Er nahm das Reh auf die Schulter und schritt voraus. Tale folgte und tröstete das Kindchen, das schreien wollte. Sie wechselten kein Wort mehr.
Mutter stand im Tür Rahmen, und sie lächelte, als sie die beiden herannahen sah.
„Lange ausgeblieben, Jan; die Brüder sind längst auf dem Ufer. Es wird Zeit, daß du heiratest, sonst trödest du mir viel am Tage.“
Jan senkte den Kopf und trat ins Haus, in die niedrige Küche mit ihren eingesunkenen alten Deckenbalken, die wohl hoch genug lagen damals, als die Jungen noch klein waren; aber jetzt für die acht großen Kerle gleich die Küche einer Höhle, in die man kriechen mußte. Er trocknete seine nassen Beine ab, zog seinen blauen Kittel aus, tat ein Hemd an und kleg die Bodentreppe hinauf, um sich zu Bett zu legen.
Mutter blieb mit Tale plaudern und tröstete das betrübte Vmg über Jans sonderbares Benehmen.
„Nicht einmal für sein Kind hat er einen Blick“, jammerte Tale.
„Wird sich alles schon ändern und bessern, wenn ihr erst mal geirant seid.“
Jan lag auf dem Rücken und grübelte.
Als Tale fort war, ging die Mutter nach oben.
(Fortsetzung folgt.)

1) Reinsilde — 2) Zur grünen Pappel.

Wahrheit sprach. Wie wäre es nun gewesen, wenn Köffel auf das Drängen des Agenten hin wirklich einen Nordverlauf, sei es auf den jungen Grafen oder auf die Buppe, gemacht hätte? Wie, wenn beim Anschlag auf die Buppe verheerlich der Kutscher getroffen worden wäre? In dem einen, wie in dem anderen Falle wäre vom Standpunkt des geltenden Rechts die Schuld der Beteiligten eine größere geworden, als die der Angeklagte Schließen in Wirklichkeit war, und wäre das Detektivbureau auch mitschuldig geworden. Jedenfalls dürfte es von Seiten der Behörde zu prüfen sein, ob solche Praktiken der Detektivbureaus erlaubt werden können. Unter allen Umständen jedoch erscheint es unzulässig, daß die privaten Detektivinstitutionen — aus Gründen der Klamm — der Kriminalpolizei die ihnen bekanntgewordenen Vorbereitungen zum Verbrechen vorenthalten und ihr womöglich noch ins Handwerk pfeifen.

In dasfelbe Kapitel gehört der neuerdings berichtete Fall eines Bestechungsverluches seitens des Inhabers eines Privatdetektivbureaus, des Kriminalwachmeisters a. D. Louis Hauschild an dem Steuerassistenten Glump. Dem letzteren wurde der Vorschlag gemacht, gegen eine Belohnung von 1000 Mark pro Seite eine Kopie der Steuerrollen des Dr. Hefflerich auszuliefern. Der Beamte brachte diesen Bestechungsvertrag zur Kenntnis der Behörden und der Inhaber des Detektivbureaus wurde zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Es scheint, als müßten die Privatdetektivbureaus einmal tüchtig unter die Lupe genommen werden.

Das Ballett Lola Bach vor Gericht. Vor der 6. Strafkammer des Landgerichts III schwebt jetzt die Verhandlung gegen das Ballett Lola Bach. Angeklagt sind die 24jährige Tänzerin Margarete Adolf (Lola Bach), die 30jährige Tänzerin Liselotte Lambert, der 24jährige Schauspieler Adolf Ernst, der 50jährige Dr. phil. Erich Wölter, der 20jährige Regisseur Rolf Keiner und die 24jährige Tänzerin Charlotte Schmitzer, die beschuldigt werden, gemeinschaftlich durch zwei selbständige unzüchtige Handlungen öffentlich ein Vergernis erregt zu haben. Wie die Anklage behauptet, fanden in der Gesellschaft der Kunstfreunde im Festsaal Joachimshaler 13 und Lüchowplatz 3 für Mitglieder und eingeführte Gäste geschlossene Vorstellungen des Balletts Lola Bach statt. Die Mitgliedschaft bei der Gesellschaft der Kunstfreunde stand jedem offen, der durch ein anderes Mitglied empfohlen wurde. Der Besuch des Balletts wurde nicht von der Mitgliedschaft abhängig gemacht. So fanden auch die Polizeibetriebsassistentinnen Witte und Fink Zutritt; sie hatten nur einen Zettel zu unterschreiben, auf dem sie sich mit den Satzungen der naturalistischen Vereinigung einverstanden erklärten und versprachen, kein Vergernis nehmen zu wollen. Dann erhielten sie eine Gastkarte gegen Erlegung von 50 Mark. Bei den Tänzen wurde nur um die Hüften ein aus Schleierstoff bestehender Schurz getragen. Bei den lebenden Bildern traten die mitwirkenden weiblichen Personen völlig unbekleidet auf. Der Angeklagte Keiner fungierte als Regisseur, Dr. Wölter als Leiter der Gesellschaft der Kunstfreunde. Ueber den Ausgang des Prozesses, der mehrere Tage dauern wird, werden wir berichten.

Das Strafverfahren gegen den Polizeimajor Lambert ist jetzt zum Abschluß gelangt. Lambert war bekanntlich in der Verkehrsabteilung des Berliner Polizeipräsidiums beschäftigt und hatte mit der Erteilung von Freigabebefehlen für Automobile zu tun. Es tauchte nun der Verdacht auf, daß große Erhebungen vorgenommen seien, insofern, als unerlaubterweise gegen Geld Freigabebefehle in großer Menge ausgeben seien. Es wurde gegen Polizeimajor Lambert die Voruntersuchung wegen Bestechung eingeleitet und eine große Anzahl von Zeugen vernommen. Die vom Rechtsanwalt Bahn beantragte Untersuchung des Gestandes des Beschuldigten hat nun das Vorliegen des § 31 des Strafgesetzbuches ergeben. Daranhin wurde Lambert durch Beschluß der Strafkammer außer Verfolgung gesetzt und aus der Haft entlassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser „geisteskranke Polizeimajor“ nunmehr bei einer der von ihm begünstigten Firmen eine autodesahnte Stellung findet. Die Geschäftsfähigkeit dieses Herrn ist durch sein Verhalten im Polizeipräsidium über jeden Zweifel erhaben. Trotz § 31.

Der „Geflügel-Großhändler“. Vielen Leuten gingen in der letzten Zeit Geschäftsbriefe mit dem Vorwurf „Erste Deutsche Geflügel-Großhandlung“ aus dem Ort Eichlinge, Post Heising, zu, in denen der Inhaber dieser hochtönenden Firma Gustav Weh sich erbot, Junges für billiges Geld zu liefern. Er teilte gleichzeitig mit, daß er in Berlin einen Vertreter habe, an den man sich ebenfalls wenden könne. Da die geordneten Briefe wirklich niedrig waren — so wurde für ein dreierlei Jahre altes Huhn nur 22 M. gefordert — gingen zahlreiche Bestellungen von Privatleuten, Beamten und Vereinen, ja sogar von Behörden ein. Geflügel ging bei den Bestellern aber nie ein. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlung hat der Schwindler allein aus Berlin über 100 000 Mark als Anzahlung der übermittelten Aufträge erhalten. Geschädigte, die der Polizei noch keine Mitteilung gemacht haben, können sich an den Kriminalwachmeister Neumann im Zimmer 113 des Berliner Polizeipräsidiums melden.

Zum Leichenfund in Kaulsdorf. Die Feststellungen der Kriminalpolizei an Ort und Stelle hatten nach einer Richtung ein überraschendes Ergebnis. Nachdem der Befund durch den Erkennungsdienst photographisch festgelegt worden war, ging man daran, die Kleidung des Toten genauer zu untersuchen. Da fand man im Innern verstreut die Briefstücke und das Portemonnaie, die man zunächst vermißt hatte. Sie enthielten zusammen 1400 M. Prof. Dr. Strauch stellte am Kopf Verletzungen fest, die wahrscheinlich von Schlägen herrühren. Wenn auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß Koloff sie sich beim Fallen aus den hartgefrorenen Ackerboden zugezogen hat. An den Händen fand der Gerichtsarzt Hautabrisse. Unklar ist bisher, wie der Schneidmeister an die Stelle gekommen ist, wo er den Tod gefunden zu haben scheint.

Wegen eines Großfeuers wurden am Montag vormittag in der ersten Stunde die Wehren von Neudölln und Britz nach der Grabstraße 39 in Britz gerufen, wo in der Chemischen Fabrik von Florian u. Co., und zwar im 4. Stock der Chloralkalibereitung, Feuer entstanden war, vermutlich durch Luftauen der eingefrorenen Kalt- und Warmwasser-Versorgung auf dem Boden des Fabrikgebäudes. Es gelang nach anstrengender Arbeit der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden ist beträchtlich, der Betrieb aber nicht unterbrochen.

Der Gipfel der Gefühlsroheit. Gestern vormittag wurde der 41 Jahre alte Arbeiter Karl Dohrmann aus der Demminer Straße, in der Nähe des Donauwerks vor dem St. Johannes-Kriedhof, tot aufgefunden. Wie der Augenschein ergab, hatte sich D. an einer dort stehenden Kiefer erhängt, der Streik war aber nachdem D. bereits die Befinnung verloren hatte, gerissen, und D. ist dann bei der großen Kälte erfroren. Als man ihn auffand, war er völlig naß. Ein gefühlloser Patron muß ihn seiner sämtlichen Sachen beraubt haben.

Bei lebendigem Leibe verbrannt. Heute vormittag gegen 10 1/2 Uhr ereignete sich in der Wohnung des Oberst a. D. von Holnit im Hause Uhlendammstraße 16 in Charlottenburg, ein schreckliches Unglück. Die dort ebenfalls wohnhafte 76 Jahre alte Pflegerin Maria von Wittig kam mit einem offenen Licht ihren Kleidern so nahe, daß diese Feuer fingen. Vor Schreck brach sie besinnungslos zusammen und verbrannte, ehe noch Hilfe kommen konnte, bei lebendigem Leibe.

Der gestrige Schneefall hat eine große Zahl von Unfällen zur Folge gehabt. Wie gemeldet wird, sind eine große Zahl von Passanten infolge der Glätte ausgeglitten und haben sich dabei zum Teil schwere Verletzungen zugezogen. Die Hauswirte, die nicht rechtzeitig veranlaßt haben, daß vor ihren Häusern Sand gestreut wurde, werden, wenn sich Unfälle dadurch vor ihren Häusern ereignen, zur Rechenschaft gezogen werden. Ganz erhebliche Störungen erlitt der Fuhrwerksverkehr, da die Kutscher keinerlei Vorkehrungen für einen etwaigen Schneefall getroffen hatten und ihre Fuhrwerke wie üblich beladeten hatten, kamen sie unterwegs nicht vorwärts. Nach Mitteilungen über die Wetterlage ist auf eine weitere Abnahme der Kälte noch zu rechnen.

Gewerkschaftliches

Betriebsrat und Unternehmervertreter

Ein interessanter Fall über das würdelose Gebahren eines gelben Betriebsrates, der in einer Klage der Belegschaft wider die Firma für dieselbe zeugte und das Urteil des Gewerbegerichtes in dieser Angelegenheit wird uns aus Barmen-Elberfeld berichtet. Am 26. 1. fand vor dem Gewerbegericht in Barmen eine Klage ihren Abschluß, die die Firma Liller u. Jamar, Kesselfabrik, betraf, in der der 2. Vorsitzende des Betriebsrates, der Einkäufer Krümann, Mitglied des gelben Gewerkschaftsbundes der Angestellten eine widerliche Rolle spielte.

Die Klage vertrat der 1. Vorsitzende des Betriebsrates. Von den Klageführenden ist Krümann aus nachfolgenden Gründen abgelehnt worden.

Den Ablehnungsantrag gegen seine Person aber beantwortete dieser sonderbare „organisierte“ Arbeitnehmer dahin, daß der Rechtsbeistand der Firma festgestellt habe, daß er nicht gegen seine Würde und Verpflichtung als Arbeitnehmervertreter verstoße, wenn er gegen die klagende Arbeiterschaft auftrat! Seitens der Belegschaftsvertreter wurde auf eine Entscheidung der Ablehnung des Herrn Kollegen Krümann gedrängt!

Nach einer ausgiebigen Beratung schloß das Gewerbegericht seinen Spruch dahin, daß es mit dem Amte eines 2. Vorsitzenden eines Betriebsrates nicht vereinbar sei, als Anwalt einer klagenden Firma gegen die eigene Belegschaft aufzutreten.

Das ist eines der wenigen vernünftigen Urteile, die gefällt werden und die der Auffassung der Arbeiterschaft entsprechen. Dem gelben G. d. A. kann zu ihrem Jamosen Mitglied gratuliert werden, daß sich über Wahrung der „Würde“ eines Betriebsrates beim Anwalt der Firma aufklären läßt. Ein Verband, der — auf Würde hält, müßte schamhaft einem solchen Mitglied eine Stülpung angeheften lassen, die nichts zu wünschen übrig ließe.

Gemeindearbeiter gegen das Steuerkompromiß

Am 27. d. M. beschäftigte sich eine Vollversammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Elektrizitätswerke Groß-Berlin mit dem Abschluß des Manteltarifs. Nach Entgegennahme des Verhandlungsberichts und der darauf folgenden Diskussion wurde einstimmig das Vorgehen des Magistrats als härteste verurteilt und vom Lohnanteil verlangt, für das bisherige Recht einzutreten. Die Belegschaften der einzelnen Werke und Abteilungen sind gewillt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den innehabenden Manteltarifvertrag zu vertheidigen.

Ferner kamen nach lebhafter Debatte folgende Resolutionen zur einstimmigen Annahme: 1. Die am 27. 1. 22 in der Stadthalle abgehaltene Vollversammlung der Elektrizitätsarbeiter und Arbeiterinnen der Elektrizitätswerke Groß-Berlins, richtet an die Kathausstraktion der drei sozialistischen Parteien das dringende Ersuchen, keiner Erhöhung des Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreises sowie des Straßenbahn-Tarifs ihre Zustimmung zu geben. 2. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektrizitätswerke Groß-Berlins haben mit Entrüstung das abgeschlossene Steuerkompromiß zur Kenntnis genommen und ersehen darin eine noch schärfere Ausbeutung der arbeitenden Klasse. Sie können es nicht begreifen, daß der A. D. G. B., welcher die bekannten 10 Punkte aufgestellt hat und dessen Mitglieder in der Regierung sitzen, die eigenen Forderungen durch dieses schändliche Kompromiß begreben hat. Die Belegschaft der Elektrizitätswerke mißbilligt die Haltung der Spitzenkörperschaft auf das aller Entsetzlichsche. 3. Ferner verlangen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektrizitätswerke vom A. D. G. B. und den drei sozialistischen Parteien, daß sie für die Amnestierung der politischen Gefangenen eintreten.

Die Belegschaft ist gewillt, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für diese Forderungen in den Kampf zu treten.

Der Berliner Mühlenarbeiterstreik beendet

In einer am Montag, den 30. Januar 1922, stattgefundenen Versammlung der streikenden Mühlenarbeiter berichtete Träger, vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, über die neuen Angebote, welche durch Vermittlung des Demobilisierungskommissars angeboten wurden. Der erste Vorschlag ging dahin, rückwirkend ab 16. Dezember 1921 einen Wochenlohn von 550 M., und ab 1. Februar 1922 575 M., und eine Dauer des Lohnabkommens bis zum 1. März 1922 anzunehmen. Das zweite Angebot war 550 M. und ab 1. Februar 585 M., ungelernete Arbeiter 10 M. weniger, Frauen 505 M. bzw. 590 M., und Dauer bis zum 15. März wurde, nachdem eine vorher stattgefundenen Funktionärversammlung ebenfalls die Annahme empfahl, in geheimer Abstimmung mit Majorität angenommen. Zu diesen Lohnsätzen werden noch 4 Pfund Freimehl gewährt. Ferner bleiben folgende Bestimmungen des Schlichtespruchs vom 7. Januar 1922 in Geltung: Die Arbeit ist möglichst sofort wieder aufzunehmen. Sämtliche, am 28. Dezember 1921 in den Streik getretenen Arbeitnehmer sind wieder einzustellen, sofern sie sich spätestens innerhalb zweier Tage zur Wiederaufnahme des Betriebes zum Wiedereintritt gemeldet haben. Nachregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht vorgenommen werden. Der Streik soll als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses nicht angesehen werden, jedoch werden die Streikgelder nicht bezahlt.

Beide Teile haben bei diesem Lohnkampf gegenseitige Zugeständnisse machen müssen. An der tatsächlichen Lohnherabsetzung fehlen den Streikenden nur noch 15 M. Seitens der Arbeitgeber war ein Angebot im Dezember 1921 von 20 M. die Woche, bindend bis zum 31. März 1922, als äußerstes Angebot worden, und beträgt die Gesamtlohnherabsetzung 135 M. die Woche.

Delegiertenversammlung des F. d. M.

Am Freitag tagte die Delegiertenversammlung der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten, die sich mit den Berichten über das Geschäftsjahr 1921 und die Neuwahlen beschäftigte.

Aus dem Jahresbericht, der von Genossen Hugo Cohn gegeben wurde, ist zu erwähnen, daß die Ortsgruppe 404 Lohnbewegungen mit 5 Streiks im Jahre 1921 durchführte. Die Zahl der Tarife sicherte sich im Laufe des Berichtsjahres von 101 auf 140 Tarifverträge. Von diesen Tarifen sind bereits wieder 80 gekündigt. Ueber 1500 Sitzungen, öffentliche und Mitgliederversammlungen usw. der Sektionen und Ortsgruppe, fanden im verflochtenen Jahre statt. Die Fluktuation der Mitglieder war sehr reg. Am Schluß des Jahres 1921 hatte die Ortsgruppe rund 20 000 zahlende Mitglieder. Im Laufe des verflochtenen Jahres wurden über 1 Million Flugblätter und Handzettel zur Verteilung gedruckt.

Nachdem Genosse Cohn die verschiedenen Wahlen des Jahres 1921 und die Angestellten tagungen besprochen hatte, erstattete der Kassierer Weiß und den Kassenbericht, der mit 8 520 236,78 Mark balanciert. Für Wohnbewohnen und Agitation wurden 1 867 443 Mark ausgegeben, für Zeitschriften 196 770 Mark. An den Hauptvorstand wurden 3 444 623 Mark abgeführt. Der Vermögensnachweis der Ortsgruppe beläuft sich auf rund 2 Millionen Mark.

In der regen Diskussion wurde u. a. angetregt, bei dem Hauptvorstand für einige ausgesessene Mitglieder, die in Opposition standen, aber noch heute im Interesse des Verbandes wirken, das Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten. Sehr bemängelt die geringe Aktivität der Epithelorganisationen zur Durchsetzung der 10 Forderungen des A. D. G. B. Freij

Schmidt äußerte, daß er das Gefühl habe, daß der psychologische Augenblick des Eingreifens verpaßt sei. Ein anderer Redner gibt den Gewerkschaftsführern die Schuld an der Inaktivität in dieser Frage.

In vorgeschrittener Zeit wurde die Versammlung auf den 14. Februar vertagt.

Zur Krise in der Metallindustrie. In unserem gestrigen Bericht im Abendblatt über die Funktionsübernahme der Metallarbeiter haben sich einige unliebsame Druckfehler eingeschlichen. Genosse Ulrich legte ein reichhaltiges kritisches Material vor und kein phantastisches, wie es hieß. Vor den Transportarbeitern sprach Fromke und nicht Frank.

U. S. P. D. Straßenbahner. Alle dienstfreien U. S. P. D. Straßenbahner treffen sich in Uniform zwecks Teilnahme an der Belegschaftsfeierlichkeit der Genossin Luise Jech am Sonntag vormittag zwischen 11 und 12 Uhr in der Klosterstraße an der Klosterkirche.

Sperte. In der Buchfabrik, Böttigerstr. 4, Inhaber Max Kroll, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist für organisierte Metallarbeiter, Chauffeurs, Kutscher, Transportarbeiter und Angestellte gesperrt. Weitere Aufführung folgt. — Zentralverband der Fleischer.

Neue Löhne der Markthelfer im Berliner Buchhandel. Der Sachverständigenrat Groß-Berlin schloß nach einer Verhandlung am 17. Januar 22 einen Schlichtespruch, der eine Erhöhung der Löhne ab 1. Januar 22 bis 15. Februar 22 von 25 Prozent und ab 15. Februar 22 von 30 Prozent vorsieht. Eine Versammlung der Arbeitnehmer, die sich mit dem Schlichtespruch beschäftigte, nahm denselben mit sehr gemischten Gefühlen auf und beantragte eine Abstimmung vorzunehmen. Durch diese Abstimmung wurde zwar der Schlichtespruch gegen eine starre Minorität angenommen, jedoch kam zum Ausdruck, daß wenn nicht nach dem 28. Februar ein weiteres Entgegenkommen der Arbeitgeber vorhanden ist, mit einem verklärten Kampf gerechnet werden muß. Der Vertreter der Organisation klidierte die Schwierigkeiten, die diesmal zu überwinden waren, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn die Geschlossenheit der Kollegen gewahrt wird, die Arbeitgeber gezwungen sind, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Nähere Auskünfte über den Tarif erstattet der Kollege Podubzin, Deutscher Transportarbeiter-Verband, Engel-Ufer 24-25, v. II., Bureau, Zimmer 33.

Achtung, Landagitationskommissionen!

Wahlen im Kreise Teltow

Die Kreisleitung hat schon schriftlich die einzelnen Landagitationskommissionen der ehemaligen Vororte, die früher bereits im Kreise Teltow tätig waren, um Mitarbeit für die Kreis tagswahlen ersucht. Genossen! Ihr habt die Wahlberechtigung der arbeitenden Klassen bei den Berliner Wahlen zu eurem eigenen Schaden kennen gelernt! Sorgt dafür, daß im Kreise Teltow die sozialistische Mehrheit erhalten bleibt. Soweit ihr noch keine öffentlichen Versammlungen in euren Agitationsorten abgehalten habt, werdet ihr noch einmal dringend ersucht, solche in den größeren Orten sofort zu veranstalten. Wegen der Abholung der Flugblätter und der Stimmzettel ist am 31. 1. 1922 mit der Post den Obmännern der Landagitationskommissionen Bescheid zugegangen. Unsere Liste umfaßt 19 Kandidaten. Die 10 ersten Kandidaten sind folgende: Paul Neumann, Kaufmann, Rowames; Max Deitzel, Schlosser, Zeelen; Albert Rose, Kesselschmied, Rowames; Max Kern, Werkmeister, Königsmusterhausen; Emil Urban, Schlosser, Teltow; Ulrich Aued, Arbeiter, Drewitz; Adolf Jober, Wertungsmacher, Dabendorf; Helene Wiff, Ehefrau, Rowames; Adolf Tänger, Kaufmann, Wildow; Edwin Schönbieter, Arbeiter, Großbeeren.

Die Wahl ist am 12. Februar 1922.
U. S. P. D. Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Parteiveranstaltungen

Die Sozialistische Proletarier-Jugend nimmt am Sonntag geschlossen an der Ueberführung der Urne der Genossin Jech nach Friedhofsfelde teil. Treffpunkt um 11 Uhr an der Kloster- oder Königstraße. Fahnen und Banner sind mitzuführen.

Kommunale Kommission Groß-Berlin.

Die Sitzung der Obliste fällt wegen der Einbürgerung der Genossin Jech am Donnerstag aus.

- 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Die Wahlteilnahmeprüfung findet nicht am Donnerstag, sondern am Freitag, abends 7 Uhr, im Copenicker Rathaus, Zimmer 4, statt.
- 2. Bezirk. Die Wahlteilnahmeprüfung findet am Freitag, abends 7 Uhr, im Copenicker Rathaus, Zimmer 4, statt.
- 14. Bezirk. Mittels in den Wahlteilnahmeprüfungen am 12. Februar, im Schauspielhaus, gibt es nur bei Zimmer 10, Treppen 36 und bei Tisch, Schreiber Straße 250, v. 2 Treppen. Die Genossen werden gebeten, sich rechtzeitig mit Mitteln zu versehen.

Dienstag, 31. Januar

12. Bezirk. Zur Generalversammlung am Freitag, den 3. Februar, in der Halle Pappellstraße 40-41, haben die Bezirksleiter bestimmt einzuholen. Kinderhochschulen Groß-Berlin. Der Vortrag findet heute in Rathaus, Sitzungszimmer 100, statt.

Mittwoch, 1. Februar

- 1. Verwaltungsbezirk (Berlin Mitte). Pünktlich 10 Uhr Anwesenheit der Bezirksleiter in Rathaus, Königstraße. Kommunale Obliste müssen teilnehmen.
- 4. Verwaltungsbezirk. Bezirksversammlung in der Heger-Realshule.
- 5. Verwaltungsbezirk. 15. 16. und 17. Bezirk. Die Kinder zum Rinderhof treffen sich nachmittags 2 Uhr in der Schulaula Markstr. 48.
- 16. Verwaltungsbezirk. Nachm. 5 Uhr Sitzung der Bezirksleiter, Stadthaus und der kommunalen Kommission in Copenick, Rathaus, Zimmer 4.
- 23. Bezirk. Nachm. 5 Uhr Einbürgerung unletzt möglich verheirateten neuen Genossen Wilhelm Groß im Krematorium Baumhalsweg. Die Genossen werden ersucht, sich rechtzeitig zu beteiligen.
- Mühlenterrasse. Abends 7 Uhr außerordentliche Funktionärskonferenz bei Seipe, Kronprinzstr. 47.

Bereinstalender

Dienstag, 31. Januar

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Kreisleiter, Copenick, Funktionsleiter des Bezirkes: Eisen-, Glas-, Maler-, Erporthaler, Edelmetall-, Kleinstoff-, Elektro-, Acemil usw. Abends 7 Uhr außerordentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus, Sozial 5, Engelstr. 24-25, Lagerordnung. Die Reihen zu den Betriebsbestreitungen. Erscheinen ist Pflicht. — Das Betriebsbestreiteramt.

Mittwoch, 1. Februar

- Zentralverband der Angestellten. Mitgliedsbeiträge des Bezirks. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Schultheiß-Rathaus, Neue Johannisstr. 24-25. — Bezirksleiter Genosse (Papier). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Wahlbüros, Koller-Mühlenterrasse 21. — 18. Verwaltungsbezirk (Copenick, Friedrichshagen, Kehlauer, Genuau, Bohnsdorf und Gries). Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Reichshaus, Rosastraße 21. — Samst. und Sonntagvormittag. Abends 7 Uhr